

Die „Volkswacht“
erschint wöchentlich 6 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Striegauer Pl. 40,
und durch Subskription zu beziehen.
Preis vierteljährlich 2.50,
pro Jahr 9.00.
Durch die Post bezogen 2.50,
pro Jahr 9.00.
Im Jahre 1906: 1. Jahrgang, 212. B.S. 4.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Abbestellungsstelle
Sollte die Abbestellung
unmöglich sein, so ist die
Abbestellung durch den
Postboten zu bewerkstelligen.
15 Pfennige.
Sollte die Abbestellung
unmöglich sein, so ist die
Abbestellung durch den
Postboten zu bewerkstelligen.
15 Pfennige.

Telephon
Nr. 1206.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 22.

Donnerabend, den 21. April 1906.

17. Jahrgang.

Ein Blutbad unter den Ausgesperrten.

Die innige Verbindung von Polizei und Unternehmertum hat am Donnerstag Abend zu einem der furchtbarsten Ereignisse geführt, die Breslau, ja die ganze Deutschland während eines wirtschaftlichen Kampfes gesehen hat. Um es vorweg zu sagen: **Wohlfahrt ist in Schrecken gerathen!** Ohne Uebertreibung! Nach jetzt, da wir dies schreiben, zeugt auf dem Striegauerplatze am Ausgang der Friedrich-Wilhelmstraße eine wohl an 100 Meter lange Blutlache von dem entsetzlichen Blutbad, das gestern von der Breslauer Polizei angerichtet. Nur unter Aufbietung aller Kraft ist es uns möglich, das hier kühl und mit Uebersetzung niederzuschreiben, was uns unzählige Augenzeugen jornbebend über das Vorgehen der Polizei gegen die wehrlosen Ausgesperrten und deren Frauen und Kinder berichtet haben. War das, was sich da gestern abgespielt hat, doch mehr, als ein bloßer Zusammenstoß zwischen Polizisten und ausgesperrten Arbeitern! Das war eine **Strafenschlacht**, eine der ungeheuerlichsten Missetaten, die die Geschichte der deutschen Arbeiterkämpfe der letzten Jahre kennt! Um den Profit der Aktionäre zu schützen, engagiert sich die Polizei in einer Weise, die allen Gesetzen der Menschlichkeit und der Humanität Hohn spricht.

Wie in Italien, wie in Frankreich, hat sich jetzt auch in Breslau das traute Zusammenarbeiten von Unternehmertum und Polizisten in einem blutigen Zusammenstoß entladen. In ihrem Elfer, die Unternehmer zu schützen, hat die Polizei sich als **Werkzeug des Klassenstaates** in einer Weise erwiesen, die ihr die Bewunderung der Scharfmacher und das höchste Lob der Arbeiter- und Volksfeinde eintragen wird.

Aber das zu Nutz und Frommen der Unternehmer vergossene Arbeiterblut schreit in erschütterndem Schrei zum Himmel. Die Blutlache auf dem Striegauerplatze ist zu einem Wahrzeichen, zu einem Sturmsignal der Empörung geworden! So lange es Arbeiterkämpfe in Breslau geben wird, wird man sich jedesmal beim Anblick eines Polizisten des Blutbades vom 19. April 1906 mit steigender Erbitterung erinnern. Unsere Kinder und Kindeskinde werden noch mit Grauen an den 19. April denken, der ihnen mit blutigen Lettern in das Buch der Geschichte geschrieben, weisen sich die Arbeiterschaft noch zu vergegenwärtigen hat, bevor ihr Kampf gegen Ausbeutung und Unmenschentum auskämpft ist.

Wohl sind wir uns klar darüber, daß wir gegen diese brutale Gewalt die Schwächeren sind. **Aber ungeschützt wird die Polizeität des 19. April nicht bleiben!** Sie wird die Arbeiter Breslaus auspeitschen und zum stets wirkenden Mittel werden, auch die Lässigen und Gläubigen herauszureißen aus ihrer Gleichgültigkeit! Mit der Chronik des blutigen 19. April in der Hand, wird man es den Arbeitern aller Zonen in die Ohren schreien: **Kein Mittel ist den Herrschenden von heute zu brutal, es gegen euch anzuwenden, wo ihr versucht, dem Klassenstaat un bequem zu werden!** Fordert eure Menschenrechte, und ihr habt den ganzen Wald von strogenden Waffen der Kapitalistenfippe gegen euch!

Sernt daraus!

Und vergeßt den 19. April nicht!

Ueber die gräßlichen Einzelheiten und die Ursachen des Blutbades unterrichten folgende Berichte, die von Augenzeugen stammen:

Am Striegauer Platz hatten sich gegen Feierabend eine große Zahl von Ausgesperrten eingefunden, um die aus der Lintschens Waggonfabrik herauskommenden Arbeitswilligen zu erwarten. Ihre Absicht war eine durchaus friedliche und wohlwollende gegenüber diesen Arbeitswilligen, das muß von vornherein gegenüber allen Augenmännchen betont werden. Es liegt dies vollkommen in der Natur der Dinge. Es handelt sich bei den Metallarbeitern zunächst nicht um eine Lohnbewegung, bei der die Arbeitswilligen den anderen in den Rücken gefallen waren, sondern um einen, aus dem Mangel der Unternehmer herausgewachsenen Gewaltakt an der Organisation der Arbeiter. Zahlreiche Unorganisierte

fühlten sich bald bei Beginn der Aussperrung durch ihr Ehrgefühl zur Solidarität mit ihren gemahregelsten Kollegen verbunden und unter den noch Arbeitenden befanden sich sicher noch sehr viele, die nun den Glauben an eine „Harmonie“ vollständig verloren hatten. Diese wollten gestern die Ausgesperrten als Mitkämpfer dem Verbanne zuführen. Sie erblickten in ihnen nicht ehrlose Schufte, die nicht wert seien, in die Organisation aufgenommen zu werden, sondern Kollegen, bei denen es nun unter dem Druck der Verhältnisse nur des geringsten guten Zuspruchs bedürfte, um sie den eigenen Kämpferreihen zuzuführen und so die Betriebe völlig still zu legen.

Unter solchen Umständen waren **terroristische Akte natürlich vollkommen ausgeschlossen!** Nun kamen die Arbeitswilligen heraus, in der Mehrzahl ruhig und friedlich. Einige von ihnen schnitten allerdings angesichts der Ausgesperrten höhnende Grimassen und suchten diese zu verspotten. Ein Ausgesperrter warf ihnen ein Stück Brot zu, mit den Worten: „Hier habt Ihr, wenn ihr denkt, Ihr würdet verhungern.“ Dies ist der einzige „Zwischenfall“, der sich dort abspielte und wir erwähnen ihn nur, um unseren Lesern darzutun, welche Veranlassung die Polizei zu einem Einschreiten gehabt haben kann. Nun hatten sich auf dem Platze ein Haufen von neugierigen Frauen und Kindern eingefunden; alles staute sich, einige Schulkinder piffen und johlten, die Polizei forderte alles zum Weggehen auf, dieser Aufforderung konnte der Menschenhaufen nicht rasch genug Folge leisten. Inzwischen waren bereits Schupleute aus anderen Revieren telephonisch herbeigerufen worden, die mittels der elektrischen Straßenbahn anlangten, und als sich etwa hundert Schupleute und zehn Reiter eingestanden hatten, ertönte von einem Polizeileutnant das Kommando: **Wassch! Marsch!** Sofort brangen die Schupleute in die Menge mit blanken Säbeln ein; die Reiter ritten mit den Pferden in den Menschenhaufen hinein! Einige der Schupleute gebärdeten sich dabei geradezu, als hätten sie alle Befinnung, alle Ueberlegung verloren. Zahlreiche schwere Verletzungen kamen vor. Wie die Polizei die Waffe benutzte, davon zeugt folgendes:

Vom Striegauer Platz aus geht sich in der Friedrich-Wilhelmstraße auf dem Bürgersteige nach der Stadt zu eine **74 Schritte lange, ununterbrochene Blutlache!**

Die bis zum Hause Nr. 101 angeammelte Menschenmasse floh natürlich so rasch als möglich auseinander. Mit dem ersten Blutvergießen aber noch nicht genug, machte sich die Polizei nun an die Verfolgung der wehrlosen Menschen! **Fast alle Straßen der Nikolai-Vorstadt zeigen Blutspuren.**

Am dem Hause Hildebrandstraße 21 wurde die Glasscheibe der Haustür durch Polizeisäbel zertrümmert. Am benachbarten Hause, Nr. 23, ist ein Briefkasten angebracht, unter dem ein Verfolger vor den Säbelhieben Schutz suchte. Von der blinden Wut des verfolgenden Polizisten zeugt der Umstand, daß der Polizist mit dem Säbel mehrmals den Briefkasten berart traf, daß Feuer umhersprühete. Auch die Häuserwand zeigt Spuren von Säbelhieben. Vielfach brangen die Polizisten den Verfolgten in die Häuser nach.

Im Haus Nr. Hildebrandstraße 25 wurde einem Manne die Hand durch einen Säbelhieb abgetrennt. Die Hand wurde von Flüchtigen aufgehoben.

Auf der Schweigerstraße drohten Polizisten mit Revolvern zu schießen, wenn die Frauen die Fenster in den Stagen nicht zumachten. **Sie schossen auch wirklich; die Augen durchschlugen die Scheiben und drangen in die Decke der Stube.** Auch auf der Posenerstraße wurde geschossen und tragen die Häuser die Spuren der Schüsse!

Vom Striegauer bis zum Wachtplatz und von der Friedrich-Wilhelmstraße bis zur Kurze Gasse wüthete das Gemetzel überall seine blutigen Spuren hinterlassend. Um sieben Uhr wütheten vor dem ganzen Nikolai-Vorstadt alle Häuser alle Türen und alle Fensterlöcher geschlossen werden. Um die gleiche Zeit erschallte die **Feuerwehr!**

Mit einer Spritze auf dem Platze, um die bereits verletzten Wunden aneinander zu treiben, fand aber nach der Aktion nichts zu tun. Später schaffte sie Ambulanzwagen heran, um die Verwundeten aufzunehmen. In den Krankenhäusern sind 44 Verwundete untergebracht, von denen zwei tödlich verwundet sind. Bis nach Mitternacht waren starke Schupmannspatrouillen überall auf den Straßen zu sehen.

Zu drei und drei liefen sie um die Blutlachen herum, dafür sorgend, daß sich nicht die Empörung der Vorübergehenden allzu deutlich entlade.

Ein bürgerlicher Zuschauer

Schreibt uns:
Die hat sich gestern die Polizei brauchen! Das hätten wir wirklich nicht für möglich gehalten! In der Absicht, vielleicht einige Arbeitswillige vor schelmischen Blicken zu verbergen, hat die Polizei das gräßlichste Blutbad angerichtet. Möglich, daß etwa ein Ausgesperrter sich einer „Drohuna“ im Sinne des § 163 hätte schuldig machen können und so den Breslauer Richtern in die Hände geraten wäre, die ihn auf Wochen oder Monate ins Gefängnis gebracht hätten! Die Polizei hat gestern aber sicher einen Missethatenprozess erzeugt, durch den so mancher unschuldig auf Jahre hinter Buchstabenmauern kommen wird. **Wahr, zum Schutze des Publikums ist die Polizei da; sie fällt ihr Amt gewissenhaft aus.** Ueberall, wo die Arbeiter die Möglichkeit sehen, daß größere Menschenansammlungen zu Unruhen führen können, organisieren sie ihre eigene Polizei und so viel ist sicher, daß gestern Abend ein halbes Dutzend Arbeiter mit einem Säbel bewehrt um den Arm wie am 21. Januar des Aufstands eher Herr geworden wären, als 120 Polizisten mit Säbeln, Revolvern und Pferde! Was geschieht nun mit dem Polizeileutnant, der bereit ist seine Fähigkeit zum Sicherheitsdienst darzulegen hat?

Der amtliche Bericht über die Missethat

ist, wie stets bei solchen Gelegenheiten, ein Muster von Objektivität! Man wolle selbst:

Die ausgesperrten Metallarbeiter wollten sich heute Abend gegen 6 Uhr am Striegauerplatz zu einer Demonstration (?) gegen die nicht organisierten Arbeiter zusammenfinden, die um diese Zeit die Fabriken verlassen. Nach Bericht von Augenzeugen sollen die Arbeitswilligen schweren Beschimpfungen, Drohungen und Tätlichkeiten (?) ausgesetzt gewesen sein. Die Polizei suchte die Arbeitswilligen zu schützen, konnte aber anfangs nicht viel ausrichten, da sie gegenüber der zahlreichen Menge zu schwach war. Es kam zu heftigen Zusammenstößen und schließlich mußte (!) die rasch verstärkte Polizei mit der blanken Waffe gegen die Menge vorgehen, und der Wut mit Säbeln und Pistolen (?) erfolgte. Bei dem Vorgehen der Polizei wich die Menge nur widerwillig, und leistete stellenweise Widerstand, so daß es zu zahlreichen Verwundungen kam und die Feuerwehr requiriert werden mußte, um die Verwundeten zu verbinden. Die Ladeneinhaber schlossen fast ohne Ausnahme ihre Läden. Gegen 7 1/2 Uhr Abends waren die Menschenansammlungen zerstreut, und die einzelnen Trupps verstreuten sich in die Nebenstraßen, wo weitere tumultuarische Ausschreitungen vorkamen. Erst gegen 9 Uhr Abends trat eine weitere Veruhigung ein, aber immer noch war viel Leben auf den Straßen!

Die „Schlesische Zeitung“, das Organ der Polizei und des Staatsanwalts, läßt sich von einem Augenzeugen noch folgendes ausfinden:

Die Schupmannschaft, welche zum Schutze der Arbeitswilligen erdienten war, war in außerordentlich häßlicher Weise (!) bemüht, die Menge zum Auseinandergehen zu bewegen, wurde aber mit lauten Geiseln und Pfeilen empfangen. Halb wüthige Brüllen warfen keine Feuerwerkskörper in die Menge, die sich tumultuarisch durcheinander drängte. Verirrte Schupleute ritten nun auf den Bürgersteig, um die Massen von diesem herunterzudrängen, fanden aber Widerstand. Als Arbeiter einen Schupmann vom Pferde zu ziehen versuchten, mußten dieser und ein anderer, der ihm zu Hilfe eilte, blank stehen. Der Tumult wurde schließlich so groß, daß die gesamte aufgebotene Schupmannschaft mit blanker Waffe gegen die Menge vorgehen mußte, wobei es mehrere Verwundete gab. Gegen 8 Uhr war die Straße gesäubert.

Das eine kann selbst diese arg gefürchtete, die Polizei schützende Darstellung nicht abstreiten: **Von den Ausgesperrten war nicht ein einziger an den Ursachen zum Tumult beteiligt.** Wie bleiben deshalb dabei: Die Polizei wäre mit den halb wüthigen Hahnenschreibern auch fertig geworden, ohne ein Blutbad anzurichten. Aber man hatte von den Ausgesperrten gehört und glaubte sich nun einer organisierten Missethat gegenübergestellt. Darüber wird noch ein Wort zu reden sein!

Militär und Feuerwehr!

Gleichsam als gelte es, die Erregung der Menge noch zu steigern, erschien nach 7 Uhr sogar ein Militär-Aufgebot von sechs Mann unter Führung eines Leutnants auf der Blutlache. Als die Feuerwehr kam, war wirklich die Erregung aufs höchste gestiegen. Niemand wußte, daß die Feuerwehr nur gerufen war, die vielen Verwundeten — man spricht von über 50 — zu verbinden. Man sah nur die Feuerwehrlaute und jeder dachte, daß sich der Traum der Nachfolger des berühmten Brandstifters von Schellendorf der Feuerstrijen gegen die Arbeiter empfehlen hätte, sich erfüllen sollte. Alles das trug mithin dazu bei, die Erregung der Menge zu steigern, wo ein beruhigendes Wort hätte Wunder wirken können!

In demselben ist, daß nicht alle Leute, sondern junge, unerschrockene Darsteller solchen Auftrags über; ein weisses Lächeln hat

Politische Uebersicht.

Der „große liberale Bloch“. Herr Friedrich Naumann's Sehnsuchtsraum, die Einigung der Liberalen aller Schattierungen, wird neue Nahrung schöpfen bei der Nachricht, daß nach einer Meldung der „Königsb. Hart. Ztg.“ „zwischen den liberalen Parteien der Provinz Ostpreußen, der Freisinnigen Volkspartei, der Freisinnigen Vereinigung und der nationalliberalen Partei eine Verständigung erzielt worden ist, die, unter voller Aufsicht der Selbstständigkeit der Parteien, ein gemeinsames Vorgehen aller drei Parteien auf breiter Basis garantiert.“

Daß die praktische Bedeutung dieses liberalen Kartells so ziemlich gleich Null ist, geht aus folgenden Aufstellungen hervor: Liberale Doppellanbittern waren schon bei den Reichstagswahlen 1903 nur in zwei ostpreussischen Kreisen aufgestellt. Der eine davon ist sicherer Zentrumsbesitz, nämlich Braunsberg, wo 11,810 Zentrumsstimmen gegen 338 nationalliberale und 188 volksparteiliche Stimmen standen, der andere, Rastenburg-Friedland, brachte der Volkspartei 4271, den Nationalliberalen 598 Stimmen, den siegreichen Konservativen 9007, der Sozialdemokratie schließlich 3297 Stimmen, so daß auch dieser Kreis für das liberale Kartell wenig aussichtsreich ist.

Wenn deshalb mit der „Königsb. Hartung'sche Zeitung“ verschiedene andere Blätter in dem abgeschlossenen Wahlkartell den Anlaß zu einer neuen Wunde des deutschen Liberalismus erblicken, so werden sie bald bittere Enttäuschungen erleben. Der liberale Gehalt hat jede Kraft verloren, und mit natürlicher Gesetzmäßigkeit werden seine Anhänger entweder nach rechts ins Lager der Reaktion gedrängt, oder sie kommen zur Sozialdemokratie. Aber die „Deutsche Freie Presse“ des Herrn Müller-Sagan sorgt auch selbst dafür, daß die Hoffnungslosen nicht gar zu üppig ins Kraut schließen, indem sie „gegenüber verschiedenen Auslassungen in der Barth-Naumann'schen Presse“ ausdrücklich hervorhebt, „daß von einem Aufgeben liberaler Parteiprinzipien auf Seiten der Freisinnigen Volkspartei nicht im mindesten beim Abschluß solcher Kompromisse die Rede ist. Die Freisinnige Volkspartei wird in denjenigen Wahlkreisen Ostpreußens, deren Bearbeitung ihr mit Unterstützung der übrigen Liberalen übertragen ist, den Wahlkampf auf dem Boden ihres Parteiprogramms führen, hierbei aber sich freilich mit gleicher Entschiedenheit gegen die Reaktion von rechts, wie gegen die sozialdemokratische Klassenverhetzung von links wenden.“

Es bleibt nun einmal dabei: wen die Götter vernichten wollen, den schlagen sie mit Blindheit. Dem Liberalismus werden auch die schönsten Einigungsbestrebungen nicht mehr auf die Beine helfen.

Staatsgefährliches Turnen. Einer Anzahl von Fortbildungsschülern in Jlimenau ist folgendes Schreiben des Schulvorstands zugegangen:

„Auf Anweisung des großherzoglichen Schulamts zu Weimar wird Ihnen unter Androhung einer Disziplinar-Geldbuße von 5 Mk. oder 24 Stunden Schularrest für den Ungehorsamsfall hiermit aufgegeben, binnen 5 Tagen aus dem sozialdemokratischen Turnverein „Freie Turner“, dem Sie als Mitglied angehören, auszutreten.“

Ganz abgesehen von der tendenziösen Bezeichnung des Turnvereins als sozialdemokratisch fragt es sich, ob das Schulamt das Recht zu seiner Aufforderung zum Austritt und zu seiner Androhung einer Disziplinarstrafe hat. Im übrigen nur ein neues „schönes“ Dokument von Engherzigkeit im Reiche der Kultur und Freiheit.

Die deutsche Handelsbilanz 1905. Nach der endlichen Zusammenstellung der Wertzahlen für den deutschen Außenhandel im Jahre 1905 betrug die Einfuhr 7129 Millionen Mark gegen 6354 Millionen im Jahre vorher. Sie ist also um 12,2 v. H. gestiegen. Die Ausfuhr dagegen stieg von 5223 Millionen Mark im Jahre 1904 auf 5732 Millionen, d. h. um 9,7 v. H. Die Zunahme ist sowohl bei der Einfuhr als auch bei der Ausfuhr ungewöhnlich groß. Daß dabei die neuen Handelsverträge mitgewirkt haben, liegt auf der Hand. Die Steigerung der Einfuhr ist verhältnismäßig nicht unwesentlich größer als die der Ausfuhr.

Gegen das Dreiklassenparlament hat der Parteitag für die obere Rheinprovinz folgende Resolution beschlossen:

„Der sozialdemokratische Parteitag für die obere Rheinprovinz nimmt Kenntnis von dem Veruche der preussischen Regierung, durch die Gesetzesvorlagen zum preussischen Dreiklassenwahlrecht dieses von allen politisch Denkenden verurteilte elementare aller Wahlfreie zu konservieren, obwohl es durch ein den Anforderungen der Zeitverhältnisse, den Wünschen des preussischen Volkes und den Forderungen von Recht und Gerechtigkeit entsprechendes Wahlrecht zu ersetzen. Der Parteitag nimmt ferner Kenntnis von dem verächtlichen Verhalten der im preussischen Dreiklassenwahlsystem vertretenen politischen Parteien, die diesen Versuch der preussischen Regierung, statt mit allen Mitteln ihn zu bekämpfen und ihn zu durchkreuzen, durch ihr Eingehen auf die Vorlage unterstützen. Diese Tatsache zeigt, daß keine dieser Parteien den ernsthaften Willen zur Beilegung des Dreiklassenwahlrechts hat, das 85 Prozent des preussischen Volkes politisch entrechtet, sowie Fortschritt und freiwirtschaftliche Entwicklung in Preußen hemmt und in Deutschland bedroht. Der Kampf um die Beseitigung des preussischen Herrenhauses und um den Erlass des preussischen Dreiklassenwahlrechts durch das Allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für alle großjährigen Preußen ohne Unterschied des Geschlechts liebt allein der Sozialdemokratie überlassen. Um auch den neuen Aufgaben voll gerecht werden zu können, fordert der Parteitag daher die Genossen des Agitationsbezirks auf, mit allen Kräfte für die Ausbreitung der Parteipresse, sowie die Festigung und den Ausbau der politischen Organisationen tätig zu sein.“

Das Ende des Dreibunds. Das Telegramm des Wilhelm II. an den österreichischen Grafen Soluchowski, den brillanten Sekundanten auf der Mensur von Agenciras gerichtet hat, hat in ganz Europa lebhaften Widerhall gefunden. Nicht nur die italienische sondern auch die französische und die englische Presse beschäftigen sich

sehr ausführlich mit ihm. Allgemein findet das Telegramm die Deutung, daß Wilhelm II. Österreich und seiner Balkanpolitik gegen Italien seine Unterstützung angeordnet habe, womit gleichzeitig gesagt ist, daß der Dreibund, der auf dem Papier noch bis zum Sommer 1908 bestehen bleibt, zu existieren aufgehört habe. Italienische Blätter heben hervor, daß der Dreibund - Vertrag sich auf afrikanische Angelegenheiten niemals erstreckt habe; Italien habe nicht den mindesten Grund gehabt, auf der Konferenz von Agenciras auf die Selbstständigkeit seiner Entschlüsse zu verzichten. Englische und französische Blätter heben hervor, daß dem Grafen Soluchowski die Kaiserdepesche sehr peinlich sein müsse; denn seiner Macht könne es angenehm sein, in der Öffentlichkeit als der Sekundant, als untergeordneter Helfer einer fremden Macht hingestellt zu werden. Uebrigens stellt sich heraus, daß der Text der Depesche in Paris und London früher bekannt war als in Berlin. Die Agence Havas und Reuters Office haben ihn sofort gemeldet, während das deutsche amtliche Bureau Wolff zunächst einen kleinen Totschweigerversuch unternahm. Die auswärtigen Korrespondenten der Berliner Blätter hatten den Text nicht nach Berlin gemeldet, weil sie es für selbstverständlich hielten, daß die Meldung durch das Bureau Wolff rechtzeitig erfolgt sei; sie waren maklos überrascht, als sie merkten, daß das unterblieben war. Die Absendung des Telegramms war eine persönliche Aktion Wilhelms II., ob der „verantwortliche“ Reichskanzler in seinem Krankenzimmer überhaupt jetzt schon von ihr etwas weiß, mag zweifelhaft bleiben. Sicher ist, daß die deutschen amtlichen Stellen von ihr nicht weniger überrascht waren als die österreichischen und italienischen; das Schweigen des Bureau Wolff deutet darauf hin, daß im Augenblick des Bekanntwerdens der Depesche die kopfloseste Verwirrung geherrscht hat.

Geradezu schändlich ist das Verhalten des Großteils der bürgerlichen Presse. Sie macht alles mit, was von oben anbefohlen wird; sie hat sogar die Tagerreise gefeiert. Es ist daher kein Wunder, daß sie nicht zugeben will, das Telegramm an Soluchowski sei ein Fehler gewesen. Daß es aber ein Fehler war, das beweist die Haltung aller jener auswärtigen Presseorgane, die an der Isolierung Preußens-Deutschlands arbeiten: sie sind über das Telegramm in förmlichen Jubel ausgebrochen. Sie richten ihre Angriffe allerdings nicht gegen das deutsche Volk, sondern ausschließlich gegen Wilhelm II., über den und dessen Politik im Auslande noch selten so wenig Schmeicheles geschrieben wurde wie diesmal.

Das preussische Reaktionssystem hat in der ganzen Welt einen üblen Ruf. Tritt zu dieser Stimmung noch der Verger über das herrliche Auftreten und die Unerschrockenheit der deutschen Politik, so heißt es halb: Feinde ringsum. Auch der Bund mit Österreich, dem letzten Alliierten, hängt nur noch an dünnen Fäden.

Dreslauer Nachrichten.

Dreslan, den 20. April.

Vier Versammlungen der Ausgesperrten

fanden heute Vormittag statt. Sämtlich waren sie überfüllt. Die Kunde von den Taten der Polizei hatte die Beteiligten stark erbittert. Die Redner erwähnten die Versammelten zu streng gefüglichen Verhalten.

Im Gewerkschaftshaus.

Schon um 8 Uhr füllte sich der Saal. Lange vor Beginn der Versammlung waren der Saal und die Galerie bis auf den letzten Platz gefüllt. Auch Arbeiterinnen, die das Los der Aussperrung teilen, nehmen Teil an den Beratungen. Die Stimmung ist durchaus keine niederschlagende, im Gegenteil, man unterhielt sich überaus lebhaft über das rigorose Vorgehen der Polizei auf dem Striegauer Platz; die Fragebogen über Organisations- und Familienverhältnisse zum Zwecke einer ordnungsmäßigen Leitung der Massenauflösung und des Unterstützungswezens wurden fleißig ausgefüllt. Bezirksleiter Schlegel stellte zunächst fest, aus welchen Betrieben die anwesenden Ausgesperrten sind. Abdann nannte er die Lokale, in denen die Ausgesperrten sich zur Kontrolle zu melden haben. Schlegel berührt die in vergangener Nacht passierten leidigen Vorgänge. Unter stürmischem Beifall erklärt er, daß die Arbeiter sich zur Aufrechterhaltung der Ordnung eine eigene Polizei schaffen müssen. Unverlässige Arbeiter werden bestimmt werden, strenge Kontrolle zu üben und alle Ausgesperrten haben ihren Anordnungen strikte Folge zu leisten. Die Vertrauenspersonen der einzelnen Betriebe sind bereits über alles, was zu tun ist, verständigt worden. Wer den Weisungen des Kontrollrats nicht nachkommt, begeht einen Verrat an der Arbeiterschaft. So groß auch die Waffen der Ausgesperrten sind, so muß doch alles in größter Ordnung vor sich gehen. So erziele man die Demonstrationen am 21. Januar und 18. März vor sich gegangen sind, so muß auch die Aussperrung verlaufen. Schlegel gibt noch weitere Verhaltensmaßregeln. Weise von der Fabrik Meinede kritisierte das Verhalten des Direktors Neumann. Ein Mann, der aus dem Arbeiterstande stammt, der früher in Kantinen herumgegangen, der sollte gegen Arbeiter nicht einen so ablehnenden Standpunkt einnehmen, wie er es getan. Weise ermahnt die Kollegen dringend, sich nicht vor die Betriebe zu stellen und sich nicht provozieren zu lassen. Jopert erzählt unter großer Erregung der Versammlung von der Striegauer-Affäre. Ein Vertreter des Fabrikarbeiter-Verbands erklärte, daß die Fabrikarbeiter sich mit den Ausgesperrten solidarisch halten.

In der Versammlung

bei Knappe

referierte Genosse Philipp. Als er die Vorgänge am gestrigen Abend zu beschreiben begann, erhob sich ein Mann zu beschreibender Enttäuschung, der nur schwer zu beschwichtigen war. Nachdem er abbaun den Ausgesperrten die nötigen Verhaltensmaßregeln gegeben, trat eine Pause ein, während welcher das Extrablatt der „Volkswacht“ verteilt wurde. Das Blatt wurde mit großem Eifer gelesen, stellenweise rief man sich direkt und daselbe. Das Vorgehen der Polizei wurde allgemein schief geurteilt. Kurz vor Schluß der Versammlung schloß die Mitteilung ein, daß der ganze Striegauer Platz von Schülern abgesperrt sei und daß ein Lokal zum Zweck der Umgehung mit Schülern belegt sei. Wenn da nichts Neues passiert - das Verhör ist es wahrscheinlich nicht!

Die Versammlung

bei Weiche

in Pöpelwitz war überfüllt. Schneidewind ermahnte hauptsächlich zur Ruhe und Besonnenheit. Den Anordnungen der Streikleitung sei unbedingt Folge zu leisten. Der nächste Punkt randalisierte nicht und geben der Polizei keinen Anlaß zum Einschreiten, sie wissen, wo sie kämpfen, und daß sie durch Ruhe und Ausdauer zum Siege gelangen werden. Demnach hat ein Arbeiterverein ein neues Statut eisen herausgegeben und dabei bemerkt, es sei dies sehr wichtig. Wenn auch Arbeitervillige Gemischten und Arbeitervereine

darfen, den Ausgesperrten kommt es nicht zu, sich auf solche Mittel zu verlassen. Die Streikleitung hat eine eigene Polizei organisiert, und die mit der Aufrechterhaltung der Ordnung betrauten an einer weichen Armblende fanatisch. Hieran wandte sich die Verammlung der Erledigung der geschäftlichen Streikangelegenheiten zu.

Zur Aussperrung in der Metallindustrie!

Alle Ausgesperrten machen wir darauf aufmerksam, daß die täglich 2 mal zu erfolgende Kontrolle (Vormittags 9 Uhr und Nachmittags 3-4 Uhr) in den Lokalen Gewerkschafts-Haus, Bergkeller, Weiche, Pöpelwitz, Milbe, Gräblichener-Straße, Schweitzerhof, Schweitzerstraße und im Kroupenring erfolgt. Dabei ist zu beachten, daß sämtliche Holzarbeiter sich im Kroupenring, kurzweg, die Arbeiter der Firmen Radmann, Hofmann, Bringsheim, Sudow und Hedmann im Gewerkschaftshaus, die Arbeiter der Firmen Meinede, Heinert, Diener u. Boldt im „Bergkeller“, die Arbeiter der Firmen Maschinbauanstalt, F. W. Hofmann, Drescher und Fuchs, Casar Wolfheim, Vulkan, Schmiedefeld und Eisenlager, Schmiedefeld bei Weiche, Pöpelwitz, die Arbeiter von Gebr. Hofmann, Gebr. G. Schumann, Breslauer Metallgießerei, Trelenberg, Niedlich und Remna bei Milbe, Drei Kaiseraal, Gräblichenerstraße, die Arbeiter der Waggonfabrik Linke, Archimedes, Grünner u. Knauth, sowie von Amand Stiegel im Schweitzerhof, zu der oben angegebenen Zeit zu melden haben.

Wer nicht regelrecht zur Kontrolle erscheint, verliert jedes Anrecht auf Unterstützung.

Es muß ferner auf das strengste darauf gehalten werden, daß jeder Ausgesperrte sich den Anordnungen der von der Organisationsleitung ernannten Ordner und Kontrolloren unweigerlich und willig Folge leistet.

Auf den Straßen, den Zugängen zu den Fabriken bleibe niemand stehen und halte sich auch sonst niemand, soweit er nicht zum Ordnen oder Postenstellen beordert ist, unnützer Weise auf. Die Arbeiter haben zu beweisen, daß sie in der Lage sind, selber Disziplin aufrecht zu erhalten.

Kollegen! Gebt den Scharfmachern und den Behörden keinerlei Anlaß zum, unserer Auffassung nach, unnützen Einschreiten.

Bewahrt unbedingte Ruhe und haltet Disziplin.

Laßt Euch durch nichts provozieren. Obwohl wir bereits in den verschiedenen Besprechungen und Versammlungen darauf aufmerksam machten, daß die in den Betrieben verbleibenden unorganisierten Arbeitwilligen in keiner Weise hehlig werden, sei auch an dieser Stelle noch einmal gesagt: Soweit nicht in ruhiger, loyaler Weise diese Leute gewonnen werden können, um sich mit den Ausgesperrten solidarisch zu erklären, darf und soll kein Arbeitswilliger irgendwie belästigt werden. Schließlich stehen die Dinge ja so, daß, wenn sonst der Zugang von Arbeitwilligen ferngehalten wird, die Unternehmer ihre Betriebe mit den zurzeit beschäftigten Arbeitern nicht lange aufrecht erhalten werden.

Wollen wir den Kampf ehrenvoll bestehen, so hat jeder Ausgesperrte die Pflicht, obiges unter allen Umständen zu befolgen. Als einen Verräter an der eigenen Sache müssen wir sonst jeden bezeichnen, der entgegen den Anordnungen der verantwortlichen Leitung handelt.

Die Organisationsleitungen.

J. A.: Friedrich Schlegel.

* Eine Sympathieausgebung für die ausgesperrten Metallarbeiter und die übrigen in Betracht kommenden Berufe wurde in der gestrigen Sitzung des Gewerkschaftskartells einstimmig beschlossen, indem folgende Resolution Annahme fand:

Das Gewerkschaftskartell spricht den Dreslauer Metallarbeitern und den übrigen in Mitleidenschaft gezogenen Berufen zu ihrem Kampfe mit den vorigen Unternehmern der Metallindustrie seine vollste Sympathie aus.

Das Kartell erhofft, daß der dem Metallarbeiterverbande aufgezwungene Kampf mit einem glänzenden Siege der Arbeiter schaft enden und die brutale Aussperrung mit dazu beitragen möge die Einigkeit der Dreslauer Arbeiter noch fester zu gestalten.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

Achtung, Maurer Dreslaus und Umgegend!

Die Studateure befinden sich seit dieser Woche im Streik. Auch die Zement-Arbeiter haben diesen Schritt unternommen, und ba möglicherweise an unsere Kollegen das Ersuchen von Unternehmerseite gerichtet werden könnte, derartige Arbeiten auszuführen, so ersuchen wir hiermit dringend jeden Verbandskollegen, ohne weiteres ein solches Ansuchen energisch zurückzuweisen und das Solidaritätsgefühl zu bekräftigen. Kein Kollege darf Studateur- oder Zementarbeiten (die vorher nicht von Maurern ausgeführt wurden) jetzt übernehmen und dadurch sich zum „Arbeitwilligen“ begraben! Die Solatverwaltung.

Neueste Nachrichten.

Die Katastrophe in Kalifornien.

Aus Oakland wird vom Donnerstag früh gefeldet: Das Feuer wütet noch fort. Es besteht keine Möglichkeit, der weiteren Verbreitung Einhalt zu tun, bis es aus Mangel an Nahrung selbst erloschen sein wird. Die Stadt ist der Verwüstung verfallen, obgleich die Behörden immer noch Gebäude in die Luft sprengen, in der Hoffnung, die Flammen dadurch zu erlösen. Der Verrat an Sprengstoffen geht indes zur Neige und der Polizeivorpost des Regierungskontingents ist erschöpft. Alle Geschäftsbetriebe sind fast die Hälfte des Wohnungsbezirks der Stadt liegen in Schutt und Asche.

Es besteht in der Tat keine Hoffnung, irgend einen Teil der Stadt zu retten. Demnach, die bis jetzt noch auf einen schließlichen Erfolg der Feuerwehre gesetzt haben, geben diese Hoffnung jetzt auf und haben bereits die Flammen.

Verantwortlich für die Druckerei: „Dreslauer Nachrichten“, Ausgegeben und Posten, das Familien- und die Zeitung: Robert Albert. - Für alles Nähere: Franz Müll. - Redaktion und Druckerei: Neue Demokratien 1/2 - Verlag von Oskar Schöler. - Druck von Th. Schöler & Co. in Dresden. - Druckort: Dresden. - Druck: Oskar Schöler.

Verband der langgewerbliehen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Am 17. d. Mts. verschied nach langem Leiden unser Kollege
Albert Poyer
im Alter von 50 1/2 Jahren an Nierentura. 1488
Die oberrunden Andenken werden ihm bewahren
Die Mitglieder des Zweigvereins Breslau
und Umgegend.
Beerdigung: Freitag, den 30. April, nachm. 2 1/2 Uhr, von
Altenstrasse 40 nach Koeln.

Verstorben.
Das Mitglied **Carl Lenhardt** ist gestorben.
Deutscher Tabakarbeiter-Verband.
Beerdigung: Sonnabend, nachmittags 6 Uhr, vom Magda-
lenen-Kirchhof 31 aus. 1489

Stadt-Theater.

Freitag
König 8 Uhr:
„Salome.“
Sonnabend
„Der Wacres und der Siebe-
Wellen.“
Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:
„Der Kreislauf.“
Abends 7 1/2 Uhr:
„Wagner-Opfer.“
Freitag
„Der fliegende Holländer.“

Oper-Theater.

Freitag
„Ein Freund der Frauen.“
Sonnabend
„Cassiopeia.“
Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:
„Der Obersteiger.“
Abends 7 1/2 Uhr:
„Der Bettelstudent.“
Freitag
„Die Geißel.“

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.

Freitag
„Gruppe M. 2. Vorstellung.“
Sonnabend
„Fährmann Desjardis.“
Sonnabend
„Dumbold-Verzehr.“
Freitag
„Die weiße Hölle.“

Thalia-Theater.

Sonntag abends 7 1/2 Uhr:
„Der Weg zur Götter.“
Bücherverkauf Sonnabend 10-11 Uhr
im Thalia-Theater.

Liebig's Etablissement

Telephon 1646.
Otto Reutter
und das phänomenale
April-Programm.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Victoria-Theater

(Stimmenauer Garten).
12 Mittwochs 12
Freitag
„Nordini“
Freitag
„Reisend“
Freitag
„John Barley.“
Sonst Wochentags gültig.

ff. Batavia-Arrak,

„Tamaica-Rum,
„französische Kognaks,
„und deutsche
„Punsch u. Tafelkore
empfiehlt 580

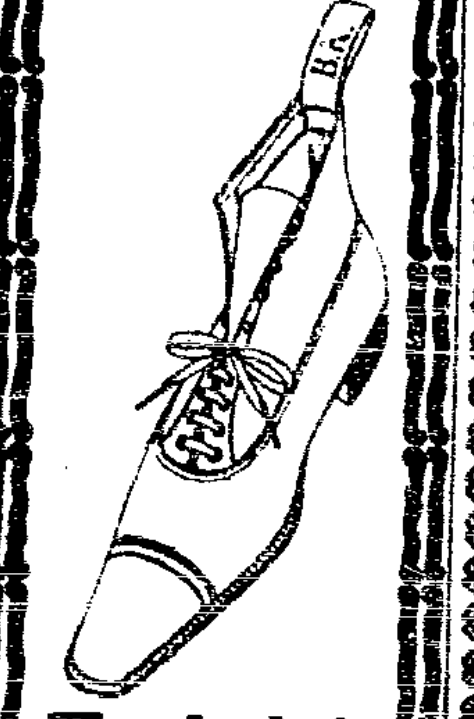
Edwin Delahon

Breslau, Neumarkt 6.
Flaschenverkauf
im Comptoir, Hof. part.
Zubehörsatz, Plomber
Max Kühn
Königsplatz Nr. 26, an Köpplitz
98-100 Köpplitz Nr. 70

Hut-Hanke

Friedrich-Wilhelmstrasse 23
empfiehlt alle, nur gute, reelle
Qualitäten für Herren u. Frauen.
Friser, Stok, Spinnbe.
Friedrich-Wilhelmstr. No. 25
an Köpplitz 2. Hof.

Herren-Stiefel



Handarbeit
empfiehlt
von Mark 8 an
BRUNO
ROSENTHAL
Breslau
Schmiedestraße No. 32
I. Viertel. 1358

Stamm-Seidel,

Vereins-Seidel,
Geburtsstags-Seidel,
Hochzeits-Seidel,
Jubiläums-Seidel.
in grosser Auswahl empfiehlt
Otto Miksch,
Kupferschmiede-Strasse 47.

Bücher und Julets

Trikot- u. Strumpfwaren
Arbeiterhosen, Hemden
Waschele, blaue Blusen
Monteuranzüge und
Kinder-Waschanzüge
zu billigen Preisen.

Berthold Riedel

Friedrich-Wilhelmstr. 21
Ecke Fittlingsstr. 587

Zigarren

eigenen Fabrikats
empfiehlt allen Parteigenossen
und Freunden vom Ohlauer-
tor und bitte um gütige Be-
achtung. 1088

Karl Bensch

24 Königgräberstr. 24.

Karl Nieblich

27 Andersenstrasse 1. 708

Herren-Anzüge

28 nach Mass 78
von 18 Mark an
ausgewähltesten Stoffen 98
empfiehlt 870

Eugen Hamburger

Königsplatz-Str.
Friedrich-Wilhelmstr. No. 25
an Köpplitz 2. Hof.

Achtung Holzarbeiter!
Sonnabend, den 31. April 1906, vormittags 10 Uhr,
im großen Saale des Gewerkschaftshauses:

Öffentliche Versammlung
aller ausgesperrten Holzarbeiter.

1. Die Bestimmung der Holzarbeiter in dem brutalen Ermordung der
Reichsbühnen. Referent: Gemeinderat Dietrich.
2. Diskussion.
Wünscht eure Frauen mit! Geht ihr Waffenschein!
Als Arbeiter und Nicht-Parteien-Gewerkschafter, die von der Aus-
sperung betroffen sind, sind in der Versammlung eingeladen.
Die Schulverm. d. Deutsch. Holzarbeiter-Verbandes (Jubil. Breslau).
Sagewortung: 1488
Referent: Gemeinderat Dietrich.
Geht ihr Waffenschein!
Als Arbeiter und Nicht-Parteien-Gewerkschafter, die von der Aus-
sperung betroffen sind, sind in der Versammlung eingeladen.
Die Schulverm. d. Deutsch. Holzarbeiter-Verbandes (Jubil. Breslau).
Sagewortung: 1488

Cunnersdorf, Riesengebirge.

Große Volksversammlung
Sonntag, den 22. April, abends 8 1/2 Uhr, im Saale „Der Wanderschüler“.
Agenda-Ordnung: „Fort mit der Religion und der Waffenscheit.“
Referent: Lehrer Herr Otto Kühle aus Schop.
Jahreslicher Berichtung steht entgegen
Der Einberufer.
Entrée 10 Wfg. 1484

Volksvorstellung 1905/6

(Thalia-Theater).
XI. Aufführung.
Sonntag, den 29. April 1906,
Nachmittag 3 1/2 Uhr:
Die Brüder von St. Bernhard
von Dhom.
Preise der Plätze:
I. Rang 0.70, Parkett 0.60, Orchester 0.60,
Ballon 0.60, Seitenballon 0.40, Sperrsig 0.50,
II. Rang 0.30, III. Rang 0.20.
Zu haben in der Expedition der Volkswoche,
sowie bei den Halpforten.

A. Schumm's Brennerei

Scheitnigerstrasse No. 20, Ecke Hirschstrasse
Inhaber: W. Hänel
empfiehlt seine Kaffeesorten einer geneigten Beachtung. 67

Muschant Haase'scher Biere

und besten alten Getreidekorns
eigenen Fabrikats; in Pensionen von 5 u. 10 Litre frei Haus.

Den geehrten Volkswachtlesem empfehle ich mein

Barbier-Geschäft
Sandberg Nr. 29
einer gütigen Beachtung und bitte bei Bedarf mein Geschäft
zu berücksichtigen. 1927

Ich empfehle der werthen Arbeiterschaft meine Schuwaren in

Herren-, Damen- und Kinderstiefeln
zu kausend billigen Preisen und bitte um gefällige
Beachtung.
Robert Mann,
20 Margaretenstr. 20.
Reparaturen werden schnell und sauber
ausgeführt. 1220

Besonders günstig!
Teppiche
Portièren
Gardinen
Läuferstoffe
Steppdecken
Adolf Spanier
55/59 Reuschestrasse 58/59
Filiale: Albrechtsstr. 52, I. Viertel.

Bringe mein
Barbiergeschäft
den werthen Genossen vom Ober-
thor in empfehlende Erinnerung.
Gustav Teschner,
Matthiasstrasse 80. 1254

Strohhitte
für Damen, Herren u. Kinder
Strohhitte
billigste direkt in der Fabrik
Neue Graupenstrasse 11, Hof,
Freund & Krebs.

Arbeiter! Genossen!
Bezieht eure Waren aus dem
Fleisch- u. Wurstgeschäft v.
Max Kastner, aus
Aubersdorferstrasse Nr. 19/14.

Mein
Schuh- u. Stiefelgeschäft
befindet sich jetzt nur
Scheitnigerstrasse 37
und habe ich meine Filiale Matthiasstrasse aufgelöst.
Ich bitte meine werthe Kundschaft mich jetzt nur
Scheitnigerstrasse 37 zu besuchen.
Josef Koller
Schuh- und Stiefelgeschäft.
1487

Zur besonderen
Beachtung! 2 2

Optiker Adolf Heidrich
Stadttheater gegenüber, Schweidnitzstrasse 27
besitzt auch den Ringstrassen der Mitglieder der hiesigen Ortsvereine
Prüfen und Prüfung in bester Ausführung zum gleichen Vorzugpreise, welchen
die Krankenkassen auf Grund besonderer Vereinbarungen bezahlen. Zum Ausweis
genügt das Krankenkassenbuch. 1382

J. Zöllner, Schuhmachermstr.
empfiehlt sein reichhaltiges Lager von
Schuhwaren elegant und
dauerhaft
in jeder Ausführung, als
Stiefeln, Gamaschen, Schnürschuhe,
Hausschuhe für Damen, Herren und Kinder. 841
Holzschuhe, Pantoffeln, Dachdeckerschuhe
zu billigen Preisen.
Ring-Bude 30, vis-à-vis Henel-Fuchs und
Neumarkt-Bude 298, an der Litfass-Säule.

Fahrräder sämtl. Marken
sowie Zubehörteile kauft man billigst in der
größten Waldenburger Fahrrad-Niederlage
Ferdinand Kaitzier,
Waldenburg, Auenstrasse No. 36. 1329
Reparaturen aller Art werden schnell und billigst ausgeführt.

„Der wahre Jakob“.
Sozialdemokratisches Witzblatt.
Durch die Expedition und Kolportage zu beziehen.

Favorit
eleganter
Herrenstiefel
Paar 7.50 Mk.

Hona
eleganter
Damenstiefel
Paar 6.50 Mk.

Grosse Auswahl eleganter Kinderstiefel
zu bekannt billigen Preisen.
Krojanker's
Schuhwarenhäuser
Gräbschenerstrasse 28
Neue Graupenstrasse 7
Gräbschenerstrasse 35. 956

6. Jattler-Verbandsstag in Dresden.

Th. Mittwoch, den 18. April 1906.

Aus dem Referat des Verbandssekretärs Blum - Berlin am Punkt 3 der Tagesordnung: „Agitation und Gauleitung“ ist zu entnehmen, daß sich die Einstellung der Gaue bei den Gauleitern aus Gründen praktischer Agitation und leichter Zusammenarbeit mit jener der Kapazitätenverbände deckt. Nach Einführung der Institution fanden Gauleiterkonferenzen statt, die Klären und schulen wirken, daher als durchaus erfolgreich zu betrachten sind und den Vorteil brachten, daß die Institution danach bedeutend besser funktionierte. Inzwischen muß noch betont werden, daß die Haupttätigkeit der Gauleiter sich nicht auf ihren Sitzort beziehen soll, wo naturgemäß eine örtliche Verwaltungsstelle vorhanden ist, sondern auf die auswärtigen Orte des betreffenden Gaues. Natürlich kommt es bisweilen noch heute vor, daß diese Richtschnur nicht immer genügend beachtet wird und so kommt es hier und da mitunter zu leichten Fraktionen, die vermieden werden müssen und können. Trotzdem sind im allgemeinen die Erfolge der Gauleiter, die bisher zu verzeichnen sind, als ganz respektable zu betrachten. Infolge der Einführung dieser Institution ist denn auch die persönliche Agitation des Hauptvorstandes ganz in den Hintergrund getreten und hat nur in Einzelfällen stattgefunden. Es muß jedoch gesagt werden, daß unsere bisherige Gaueinteilung den Bedürfnissen nicht mehr entspricht — einzelne Gaue sind viel zu groß und die gegenwärtige Einteilung muß verkleinert werden. In den christlichen Gewerkschaften, namentlich Rheinland-Westfalens, werden schon bei 3-400 Mitgliedern besoldete Agitatoren angestellt, wobei offensichtlich eine bekannte politische Partei daruntersteht. Besondere Beachtung verdient die von ihrem Standpunkt aus geschäftlich operierenden, unbeschäftigten, wie bei den kirchlich-dunderschen Gewerkschaften ist die gleiche Praxis in Betracht zu ziehen, wodurch naturgemäß unsere Position erschwert wird. Es wird sich nicht nur eine Teilung und damit Anstellung eines Gauleiters für den bisherigen sächsischen Gau nötig machen, sondern auch für Süddeutschland, denn von Stuttgart aus kann das ganze weite Gebiet nicht genügend agitatorisch bearbeitet werden. Nehmen wir die Anstellung besoldeter Gauleiter nicht rechtzeitig vor, so haben wir später nicht indifferent aufzutreten, sondern geeignete Organisationsmaßnahmen zu beschließen, was unsere Position ganz erheblich erschwert. In Augsburg macht sich das schon jetzt bemerkbar. Es darf nicht so gefragt werden: Wozu die Anstellung der Gauleiter? Sofort sind die Erfolge nicht zu erwarten, aber sie kommen. Der Transportarbeiterverband hat es durch rechtzeitige Anstellung besoldeter Beamten zu großen Erfolgen gebracht. Auch der Bäderverband hat bei 8-9000 Mitgliedern neun besoldete Gauleiter. Die Ausgabe für dieselben ist ein Kapital, das sich reichlich lohnt. Zudem ist aus dem Rechnungshofbericht bereits ersichtlich, daß die Kosten für Agitation durch die Anstellung keine nebensächliche Belastung mehr sind. Eine neue Gaueinteilung ist notwendig, speziell muß Süddeutschland in zwei selbständige Gaue geteilt werden. Die Neueinteilung wird nicht nach Provinz und Landesgrenzen vorgenommen, sondern der praktischen Einrichtung wegen nach Bahnlücken. Im Interesse der Institution wird es liegen, wenn die Gauleiter nur von der Hauptverwaltung angestellt werden, da sonst ein entsprechendes Arbeitsmaß nicht gewährleistet werden kann. Natürlich hat die Generalversammlung die entsprechenden Direktiven zu erteilen, aber die Auswahl der Personen selbst dem Hauptvorstande zu überlassen. Bedauerlich scheint ihm, daß nicht sämtliche Gauleiter kraft ihres Amtes schon an der Generalversammlung teilnehmen können, da sie seiner Ansicht nach derselben Rechenschaft abzulegen haben. Er bittet, dem Hauptvorstande Nachvollkommenheit in der Richtung zu geben, nach Bedarf Gauleiter anzustellen und für Offenbach und Umgebung einen Lokalbeamten zu bewilligen, der dort in Anbetracht der Verhältnisse durchaus notwendig erscheint.

Die Debatte über diesen Punkt zog sich bis 10 Uhr Vormittags hin und zeigte bedeutende Gegensätze in Bezug auf die Verteilung der Besoldung. Von den Gegnern der Anstellung wird ins Feld geführt, daß die Ausgaben für Anstellung weiterer besoldeter Gauleiter die Verhältnisse allzu sehr belasten würden, auch reizten die bisherigen Erfahrungen nicht besonders zu weiteren Anstellungen. Auch bezweifelte man das Vorhandensein entsprechender agitatorischer Kollegen zu diesen Leitern und warf die Frage auf, ob dieselben überhaupt ein Tätigkeitsfeld haben. Man würde mit der Anstellung einer Sprung ins Dunkle machen, der sich nicht rechtfertigen ließe und solle daher erst Erfahrungen sammeln. Die nächste Generalversammlung in drei Jahren könne dann schon eher ein entsprechendes Wort sprechen. Die Kosten für einen besoldeten

Gauleiter würden sich jährlich auf mindestens 5000 Mark stellen und dieses Geld könne man zu anderweitigen Agitationszwecken besser verwenden.

Von den Befürwortern werden die bereits im Blum'schen Referat ins Feld geführten Gründe noch des Weiteren ausgebaut, und erwähnt unter anderem Nolle - Berlin als Vertreter der Generalkommission, daß die von Blum angeführte Anstellung christlicher Gewerkschaftsorganen darauf zurückzuführen ist, daß seiner Zeit das Zentrum der Sozialdemokratie den Kampf bis auf's Messer anknüpfte. Das Tätigkeitsgebiet der Gauleiter liefere die Statistik, die nachweist, daß von 20,000 Berufskollegen erst 7000 organisiert sind. Unser Ziel muß es sein, auch den letzten Mann für die Organisation zu gewinnen. Wir müssen uns daran gewöhnen, nach großzügigen Gedanken zu agilitieren und nicht fragen: was bringt uns der Gauleiter ein, sondern: was kann er verhindern? Er verhindert die Schwächung und Zersplitterung des Geschaffenen, kann überall zugreifen, wo es in jungen Organisationen an agitatorischen Kräften fehlt und sollte heranziehen und schulen. Auch die Organisationsfähigkeit ist eine Arbeit, die gelernt werden muß und daher werden mit der Zeit die heute und gestern vorgebrachten Mängel verschwinden. Man möge sich von der Ansicht emancipieren, daß besoldete Beamte nur ein notwendiges Übel seien — sie sind ein notwendiger Bestandteil der jetzigen Organisation. Die Früchte ihrer Tätigkeit reifen nicht sofort, aber sicher im nächsten Jahrzehnt. Man solle daher nicht drei volle Jahre warten, sondern sofort das Notwendige tun!

Auch Sackebusch - Berlin als Vorsitzender des Ausschusses ersucht, die Anträge nicht länger abzuweisen. Uns sind bereits agitatorisch geschulte Kräfte verloren gegangen, die jetzt anderwärts Anstellung gefunden haben, nachdem sie durch ihre Verbandstätigkeit in Berufe nicht mehr unterkommen konnten. Der Schritt zur Anstellung ist notwendig und wird getan werden — um wie ihn jetzt nicht, so stehen wir nicht auf der Höhe der Zeit. Er könne ein besoldeter Gauleiter sehr wirksam wirken, wie zum Beispiel diese Möglichkeit in Kassel gegeben gewesen, das uns viel gekostet habe.

In namentlicher Abstimmung wird sodann der Antrag des Vorstandes und Ausschusses mit 21 gegen 16 Stimmen abgelehnt, welcher die Anstellung eines Gauleiters für Mitteldeutschland fordert, dagegen für Offenbach und den dortigen Industriebezirk ein Lokalbeamter beantragt. Weiter soll die bisherige Gaueinteilung verbessert, das heißt die Zahl der Gaue vermehrt werden und konform eines Nürnberger Antrages wird der Zentralvorstand ermächtigt, nach Ablauf eines weiteren Jahres und nach Ueberprüfung einer günstigen Finanzlage weitere agitatorische Kräfte anzustellen. Weiterer Antrag wird mit allen gegen 5 Stimmen angenommen.

Die beantragte Überlegung der Gauleitung von Offen nach Köln wird dem Vorstande zur Erledigung überwiesen und sodann beschlossen: „Anträge auf Abhaltung besonderer Branchenkongressen sind nur an den Zentralvorstand zu richten. Andere Funktionäre (z. B. Gauleiter, D. B.) haben zu solchen Veranstaltungen nicht das Recht.“

Nach längerer Debatte wird noch der Antrag angenommen: „Die Gauleiter sind verpflichtet, sich bei grundsätzlichen Fragen, die solche Branchen betreffen, für welche Zentral- oder Lokal-Kommissionen bestehen, um Auskunft an die betreffenden Zentralstellen zu wenden und deren Anordnungen gemäß zu handeln.“ Weiter wird bei diesem Punkte der Tagesordnung zugleich der hierher gehörige Teil der Statuten durchberaten. Von den abgefaßten Beschlüssen seien hervorgehoben, daß besoldete Gauleiter durch Zentralvorstand und Ausschuss nach dem Bestimmungen der General-Versammlungen gewählt werden. Unbesoldete Gauleiter erhalten außer den aus Zeitverrechnung und direkten Ausgaben resultierenden Verlusten eine monatliche Entschädigung von 15 Mark, also 180 Mark jährlich. Weitergehende Anträge wurden abgelehnt. Gauleitern können alljährlich stattfinden, auf Verlangen der Mehrheit der Verwaltungsräte muß eine solche Einberufung werden.

Die weiteren Beschlüsse interessieren die Öffentlichkeit weniger.

Nach Erledigung dieses Punktes der Tagesordnung wird eine Kommission gewählt, welche die Vorarbeiten bezw. Vorschläge zur Vorstands-Neuwahl zu besorgen hat.

Danach gelangt Punkt 4 der Tagesordnung: „Statuten-Veränderung zur Verhandlung. Einleitend wird von Blum - Berlin betont, daß ohne Beitragsverhöhung nicht weiter gearbeitet werden kann. Soll eine Erhöhung der Unterstützungsätze Platzgreifen, so muß natürlich auch die Beitrags-Erhöhung dementsprechend bemessen werden. Generell spricht sich die General-Versammlung gegen die weitere Erhöhung der Unterstützungsätze aus und wird der Wochenbeitrag für männliche Mitglieder von 40 auf 45 Pfg. erhöht, während die übrigen Sätze wie bisher

bestehen bleiben. Die Bezugszeit für alle Unterstützungsätze wird einheitlich auf 52 Wochenbeiträge bemessen. Es wird Vorschlag getroffen, daß Mitglieder anderer Organisationen (auch kirchlich-dunderscher und christlicher Gewerkschaften) der Uebertritt zum Verbands unter Anrechnung der dort geleisteten Beiträge ohne Entrichtung von Eintrittsgeld ermöglicht wird, sofern sie nicht arbeitslos, krank oder auf der Reise befindlich sind. Die weiteren geschäftlichen Festsetzungen entbehren des öffentlichen Interesses.

Auf dem Verbandsstag der Hergolther

sprechen die Delegierten für und gegen die Angliederung an den Holzarbeiterverband aus. Auch der Vertreter des Holzarbeiterverbandes, Schneck - Stuttgart, führt dazu aus, daß solche Uebertritte nach der Meinung seines Vorstandes nur Wert hätten, wenn sie freiwillig geschähen. Der Hergolther Verband nur um Sammlungen existiert, denn nur die Organisationen, die sich selber halten können, seien in Stande, Rämpfe zu führen. Man hat mit dem Hergolther Beschluß durchaus nicht die kleinen Organisationen erwirgen wollen. Man spreche immer so viel von der Selbständigkeit der kleinen Organisationen. Daß diese Organisationen nichts von ihrer Selbständigkeit eingebüßt haben, beweisen diejenigen von ihnen, die in dem besagten Metall- und Holzarbeiterverband aufgegangen sind. Keine Gewerkschaft kommt mit niedrigen Beiträgen aus. Das Fachblatt der Hergolther erscheint alle 14 Tage, während es bei Streiks doch weit besser sei, daß das Fachblatt der Holzarbeiter alle 8 Tage erscheine.

Der Vertreter der Generalkommission, Robert Schmidt - Berlin, spricht gleichfalls für den Uebertritt. Die Grenzstreitigkeiten zwischen den Gewerkschaften haben auf dem Kongress in Köln zu dem Antrage geführt, daß sich die verschiedenen Organisationen zu großen Industrieverbänden zusammenschließen müßten. Der Standpunkt des Hergolther Vertriebers, der gewerkschaftlichen Kämpfen sich auf die Selbstbestimmungen zu verlassen, entspreche dem Standpunkte aus den Anberührungen der Gewerkschaften. Es handle sich darum, ob die beiden Organisationen durch die Verschmelzung vorwärts kommen, und das ist ohne Zweifel der Fall. Wenn keine andere Bedenken vorliegen als die hier vorgebrachten, dann mögen die Delegierten ruhig den Anschlag beschließen und es wird nicht zum Schaden der Organisation sein.

Der Uebertritt in den Holzarbeiterverband wurde mit 19 gegen 4 Stimmen beschlossen. Der Anschlag soll am 1. Oktober 1906 erfolgen.

Vom Handelshilfsarbeiter-Kongress.

M. G., Berlin, 18. April 1906.

Nachdem Bender - Magdeburg in kurzer, markiger Darstellung die Notwendigkeit des Abschluß-Ladenbündnisses begründet und Wagner - Hamburg sich für den Sechsstunden-Vorschlag ausgesprochen hatte, brachte der 3. Verhandlungstag eine eingehende Diskussion über diese beiden Fragen nach zusammenhängenden Forderungen. Mehrfach sprachen sich Redner für einen Appell an das Publikum aus, daß es den Einkauf der Waren zu möglichst früher Stunde bestimme und so die Inhaber der Detail-Geschäfte zum zeitigen Ladenbündnis erziele. Andere Delegierte wieder gaben ihre Erfahrungen über die Kämpfe zum besten, die die Handelshilfsarbeiter allabendlich auf den Postämtern zu bestehen haben.

Zimmer - Breslau erwiderte, daß die Handelskammer an seinem Wohnort ständig dabei sei, wenn es den sozialpolitischen Rückschritt zu fördern gelte. Trotzdem der bekannte Sozialpolitiker Prof. Sombart erklärt habe, daß ihm der Abschluß-Ladenbündnis noch nicht genüge, trotzdem alle Organisationen der Angehörigen, der deutschen nationalen Handelshilfsarbeiterverband eingeschlossen, sich für den Abschluß-Ladenbündnis ausgesprochen haben, sei es der Unternehmer-Organisation doch gelungen, wieder alles auf den toten Punkt zu bringen. Der Redner erhob dann gegen die Dresdener Lokal-Organisation den Vorwurf, daß sie sich mit dem heute schon fast völlig durchgeführten Vorschlag um 7½ Uhr zufrieden gegeben und dadurch der Agitation Steine in den Weg gelegt habe. Trotz aller Hindernisse hofft Redner aber auf einen baldigen Erfolg der Agitation. Eine von Dabier - München beifolgende Erklärung zu Gunsten des Sechsstunden-Vorschlusses fand die Zustimmung der Versammlung. Hierauf nahm die Versammlung die folgende Resolution einstimmig an:

In der Erwägung, daß die gegenwärtige Dauer der Arbeitszeit der Hilfsarbeiter im Handelsgewerbe die Gesund-

Das Erdbeben in San Francisco.

Die schrecklichen Ereignisse, bei denen große Menschenmassen an Grunde gehen, mehren sich. Nach dem verheerenden Rieseneuenglid in Courrières (Frankreich), das über 1200 brave Vergleute vom Leben zum Tode beförderte, folgte die Vesuv-Katastrophie, die über 1000 Tote gefordert und einige hunderttausend Menschen brotlos und obdachlos machte. Und während uns der Telegraph noch jetzt täglich von beiden Unglücksfällen die traurigsten Vorkämpfen übermittelt, kommt zum Entsetzen der ganzen zivilisierten Menschheit eine dritte Katastrophi, die abermals hunderten und aberhunderten von Menschen das Leben kostet und ein blühendes Stück Kulturland in eine wüste Stätte von Trümmerhaufen verwandelt.

Wir haben bereits gestern unter „A. u. W.“ das neueste Unglück den Lesern zur Kenntnis gebracht. San Francisco ist die größte Stadt des nordamerikanischen Staates Kalifornien und liegt auf der Westküste der Bai von S., die durch die Goldene Pforte mit dem Stillen Ozean in Verbindung steht. San Francisco zählt annähernd 400,000 Einwohner und verfügt über einen stetig blühenden Handel, der ergänzt wird durch eine ehenbürtige Schiffahrt. Auch die Industrie ist recht bedeutend.

Die neuesten Nachrichten aus dem Schreckensgebiet lauten wie folgt:

Das Palasthotel ist total zusammengestürzt. Die Truppen demolieren alle umliegenden Gebäude, um ein Umschlagreifen des Feuers zu verhindern. Um 11 Uhr waren alle Häuser des äußeren Nordens der Stadt zerstört. Die ganze östliche Zell bildet eben als ein Flammenmeer, das sich immer weiter nach südlicher Richtung ausdehnt. — Telegramme aus San Francisco berichten, daß dort Millionen eingetroffen sind, wozu nach alle Schiffe des amerikanischen Geschäftes, die der Stillen Ozean-Gruppe angehören, versunken sind.

San Francisco, 19. April. Die Truppen machen übermenschliche Anstrengungen, um die Ausbreitung des Feuers zu verhindern. Gegen 11 Uhr Abends waren bereits über

rielle Schäden 200 Millionen Dollars. — „Evening World“ zufolge sind in zwei Hotels allein durch Einsturz 250 Personen ungetötet. — Die St. Ignace-Kirche steht in Flammen. Die Regierung verteilt Lebensmittel und Geld an die Verunglückten. Unter den eingestürzten Gebäuden befinden sich die beiden Paläste der Zeitungen „Examiner“ und „Call“. Alle Journalfaktoren, die sich in den beiden Gebäuden befanden, sind ungetötet.

New-York, 19. April. Die Stadt Sacramento ist von der Erdbeben-Katastrophi ebenso heimgesucht worden, wie San Francisco. Um 10 Uhr Morgens war für kurze Zeit die telegraphische Verbindung mit San Francisco hergestellt. Ein Telegraphist meldete, viele Gebäude wurden zerstört und in Brand gesetzt. Die Verletzten wurden geborgen. Die Aktien-Börse empfing die erste Meldung über das Erdbeben um 9 Uhr Morgens, nach Berliner Zeit um 3 Uhr Nachmittags. Die Nachricht wirkte auf die Haltung der Börse um so stärker, als das ganze Geschäftsbetrieb in San Francisco betroffen worden ist. Die Southern Pacific-Bahn hat große Verluste durch Einstürzen von Weisen. Der Verlust an Menschen kann erst nach Tagen genau festgestellt werden. Die Stadt steht unter Kriegsrecht, welches die Miliz ausübt. Die Bewohner sind gewarnt.

Der „General“ glaubt, die Riffer der Umgekommenen auf 5000 angeben zu müssen. Der Staatssekretär des Schatzamtes, Shaw, erklärte, er werde sofort 10 Millionen Dollars für die Nothleidenden nach San Francisco senden. Ein Schiff für San Francisco war, das der erste Stach um 5 Uhr 13 Minuten früh die Einwohner bereits aus dem Schlaf weckte. Sie konnten auf die Straße eilen und wurden so viele gerettet, da nach dem zwei Minuten später erfolgenden Stach die Häuser in Trümmer fielen, und gleichzeitig eine große Feuerbrunst ausbrach, und sich eine Springschüt vom Meer her über die untere Stadt ergoß. Ein Schiff war es ferner, daß in dem Stadteil niemand überlebte. Sehr gelitten hat das Armentiertel am Kai, wo die häufigsten Menschenverluste eintraten. Die Bank erreichte ihren Höhepunkt, als die Menge aus den einströmenden Mauererflüchtete. Das Wetterbureau in Washington sah die den Erdbeben. Die Marinekation am Stillen Ozean versuchte die Verbindung mit Funken-Telegraphie herzustellen. Der Bürgermeister von San Francisco organisierte bereits ein Hilfskomitee im provisorischen Amtsgebäude. Miliz bewacht die Banken. Viele Schienenzüge sind in die Erde versunken. Die Southern Pacific-Bahn versuchte Abends einen Zug nach Oakland zu bringen, von wo San Francisco mittels Posten über die Quai

zu erreichen ist. Der Telegraph ist über das ganze Land weggerückt. — „Evening World“ meldet aus San Francisco, daß das Waisenhaus eingestürzt ist und

200 Kinder unter den Trümmern begraben wurden.

Die verlaute, sind die zwei Schiffe, die in der Nacht von San Francisco vor Anker lagen und gesunken sind, Kriegsschiffe gewesen. Eine furchtbare Panik herrscht in der ganzen Stadt. Ein heftiger Ostwind unterhält das Feuer und bedroht die ganze Stadt.

London, 19. April. Nach Telegrammen aus Sacramento veranfert drei Meilen Bahngleise in Saffin und Venicia, an der Bucht von San Francisco. Die Union-Pacific-Bahn meldet, daß alle ihre Telegraphendrähte westlich von Boden zerstört wurden. Das Erdbeben scheint sich mehrere hundert Quadratmeilen weit erstreckt zu haben. Es wurde durch ganz Nevada heftig verspürt. Aus Berkeley in Kalifornien, wo die Staatsuniversität ist, wird eine große Feuerbrunst gemeldet. In Fresno City wurde das schwerste dort je erlebte Erdbeben verspürt. Chicago ist ohne telegraphische Verbindung aus San Francisco. Die Telegraphen mußten das Hauptgebäude im Stich lassen, da die Stadt in Trümmern liegt. Um 1/8 Uhr hatte man schon 300 Leichen geborgen.

Es liegen weiter folgende Meldungen vor: Oakland (Kalifornien), 19. April. In Oakland treffen Flüchtlinge aus anderen kalifornischen Städten ein. Die Städte Santa Cruz, Redwood, Elroy und Hollister sind zerstört. Eine Anzahl Menschen ist ungetötet. Die Zahl der Toten in Santa Cruz soll bedeutend sein. Die verlaute, sind 200 Personen in Santa Rosa getötet, 10,000 sind obdachlos. 120 Leichen wurden unter den Trümmern des Agnew-Terrassenhauses in der Nähe von San Jose hervorgerufen, weitere 150 befinden sich wahrscheinlich unter den Trümmern. Die heftigsten Gebäude sind ebenfalls beschädigt, aber keines gänzlich zerstört. Viele Personen sind getötet worden. Die Schiffe im Hafen von San Francisco sind unversehrt. Die Handelskammer soll in Flammen stehen. Des Materialverlust in San Francisco ist gerichtet. Auch die Kirche und das College St. Ignatius, eines der größten Jesuitenkollegien, dessen Bau zwei Millionen Dollars gekostet hat, sind zerstört. Die letzten Berichte aus Palo Alto deuten, daß die Feuernoten Gebäude der Oakland-Stanford-Universität immer beschädigt sind. Viele Häuser haben Risse erhalten. Dagegen ist die auf der Ostküste der Bai von San Francisco gelegene Staatsuniversität von Kalifornien nicht sehr beschädigt.

Wichtige Volksversammlungen

finden am Sonntag, den 22. April, statt. In der ersten, die Vormittags 11 Uhr, im neu eroberten Kronprinzen, Kurze Gasse, stattfindet, wird Reichstagsabgeordneter Genosse Eduard Bernstein-Berlin über das überaus bedeutsame Thema:

Wer wird die neuen Steuern zahlen? referieren. Die andere Versammlung findet Nachmittags 6 Uhr im Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße, statt. Hier wird Genosse Bernstein über 's aktuelle Thema:

Die Weltpolitik Deutschlands und die internationalen Pflichten der Sozialdemokratie

einen Vortrag halten. Wir sind überzeugt, daß unsere Genossen alles daran setzen werden, für massenhaften Besuch dieser Versammlungen zu sorgen. Da diese Versammlungen noch dazu auf ausdrücklichen Wunsch der Parteigenossen stattfinden, müssen sie auch beide imponant besucht werden. An die Arbeit deshalb!

Das städtische Speisehaus, die sogen. Landbergische Stiftung, auf der Weißgerbergasse, hat nach dem jüngst erschienenen Jahresberichte für die Zeit vom 1. April 1904 bis 31. März 1905 eine erfreuliche Zunahme des Besuches zu verzeichnen gehabt, so daß rund 1800 Portionen Mittagessen, 3000 Portionen Abendessen und 3000 Suppen mehr als im Vorjahre verabreicht wurden; desgleichen stieg der Ausschank von Kaffee um 5600 Tassen, von Kakaos um 400 Tassen, von einfachem Bier um 800 und von Lagerbier um 4000 Gläser. Hatte man früher eine tägliche Besucherzahl von 1100 bis 1200 zu verzeichnen gehabt, so führte im Berichtsjahr der Tag 1500-1600 Gäste dem Speisehause zu, und zwar zwei Drittel zu Mittag und ein Drittel zur Abendzeit.

Wie gewaltig der Verkehr in unserer städtischen Volkshäuser sein muß, davon erhält man einen ungefähren Begriff, wenn man erfährt, daß im Berichtsjahre zum Beispiel 4812 kg Rindfleisch, 5728 kg Schweinefleisch, 1160 kg Hühnerfleisch, 1996 kg Rauchfleisch, 2584 kg Kalbfleisch, 1276 kg gehacktes Fleisch usw., ferner 625 kg Leber, 1012 kg Kalbbaunen, 1346 Ruheuter, 1252 Stück Lungen, 1047 Stück Nieren, 374 Saß Kalbsfüße, 3697 kg Schweinefleisch, 1410 kg Wildfleisch usw. verbraucht worden sind. Wiener Würstchen waren 5259, polnische Bratwürstchen gar 20,101 Paar erforderlich, desgleichen 9575 Stück Wellwürste, 187 kg welche Bratwürst, 282 kg sonstige Würst, dazu 20 Tonnen Serringe und 2640 kg Seefische. Kartoffeln wurden 2344 Zentner, Brote 19,322 kg verbraucht, Eier 8192 Stück, ferner Butter 556 kg und 11,996 l Milch nebst 124 l Buttermilch. An Kaffee hatte man 477 kg nebst 256 kg Zusatz nötig, an Kakaos 130 kg, Schokoladenpulver 38 kg, an Lagerbier 122 hl und an einfachem Bier 85 hl.

Die Zahl der verkauften Tassen Kaffee zu 5 Pf. belief sich auch 42,508 im Sommerhalbjahr und 68,997 im Winter, Kakaos zu 5 Pf. wurden im Sommer 10,975, im Winter 18,056 Tassen umgesetzt, Fleischbrühe zu 10 Pf. dagegen nur 127 und 159 Tassen. Umgekehrt stellen sich die Zahlen beim Biere. Während im Sommer 14,429 Gläser einfachen Bieres (0,4 l zu 4 Pf.), 29,424 Schnitt (0,2 l) Lagerbier zu 5 Pf. und 3505 Schoppen (0,4 l) Lagerbier zu 10 Pf. verkauft wurden, setzte man im Winter nur 4299 Gläser einfach, 17,709 Schnitt und 2264 Schoppen Lagerbier ab. Belegte Butterbrote zu 10 Pf. wurden 2073 Stück verkauft, Wiener Würstchen mit Semmel (zu 10 Pf.) 3713 Paar. Die Zahl der abgesetzten Portionen Kaffee zu 5 Pf. belief sich auf 6090, bei Stammerie, zu 10 Pf., auf 5210, Pellkartoffeln (zu 5 Pf.) wurden 5745 Portionen verlangt, Suppe zu 5 Pf. 28,858 Portionen, zu 10 Pf. aber nur 5293 Portionen. Am Mittagessen wurden verkauft: 213,817 Portionen zu 20 Pf. und 46,823 Portionen zu 30 Pf.; an Abendbrot, das für 10, 15, 20, 25 und 30 Pf. hergerichtet wird, im ganzen 122,180

die Gehälter der Ortsbeamten und Gauleiter von den betreffenden Orten und Gaubezirken selbst geregelt werden. Die Regelung des Gehältes der Redakteure soll vom Vorstand vorgenommen werden. Ferner wird den Verbandsfunktionären das Recht auf acht bis vierzehn Tage Ferien zugesichert. Ferner wird dem Statut ein Passus, die Presse betreffend, angefügt. Als besoldete Vorstandspersonen werden die Kollegen Gähse, Kreuz, Kassel und Jechms wieder und Jäckel neu hinzugefügt; als Redakteure die Kollegen Wagner und Krähig. Die nächste Generalversammlung soll in Leipzig stattfinden, die Zeitbestimmung wird dem Vorstande überlassen. Der Sitz des Ausschusses wird nach Gera verlegt. Nachdem Kollege Gahrup seine Entlassung über die bürgerliche Berichterstattung ausgesprochen, wird die achte Generalversammlung mit einigen wichtigen, ermunternden Worten über den Stand der Sache geschlossen, was die Delegierten nummehr im neuen Geschäftsjahre auch ferner nach dem Wahrspruch, der während der Tagung schärfst prägnant: 'Uns bindet die Liebe, uns bindet die Not, zu kämpfen für Wahrheit, Freiheit und Brot' zum Wohle des Verbandes wirken mögen.

Partei-Angelegenheiten.

Vom Leipziger Justizurteil. Vor dem Leipziger Schöffengericht wurde der verantwortliche Redakteur der Leipziger Volkszeitung, Genosse Kressin wegen ansehlicher Verleumdung des bayerischen Königs von dem Leipziger Reichsanwaltschaftsamt zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Herr Kressin ist einer der unanständigen Sozialisten der Stadt. Die Leipziger Volkszeitung hat geblöht und gelogen und das hat den Herrn so gekränkt, daß er zum Rabi lief. Wie hoch die Leipziger Richter seine Ehrmaßigkeit, zeigt das Urteil.

Parteitag für die obere Rheinprovinz. Auf dem am Ostermontag in Trier abgehaltenen Parteitag der Sozialdemokratie der oberen Rheinprovinz wurde festgestellt, daß die sozialistische Bewegung im Rheinlande feste Fortschritte mache. In einzelnen Kreisen habe sich die Mitgliederzahl verdoppelt und verdreifacht. Nur Frage des preussischen Wahlrechts wurde weitere energische Agitation empfohlen. Die sozialistische Presse Westfalens fordert die Arbeiter des Ruhrreviers auf, die Arbeiter zur dritten Demonstration gegen das Wahlrecht zu gestalten und dafür zu sorgen, daß, soweit als möglich, die Räder stille stehen.

Arbeiterbewegung.

Der Streik im mittelhessischen Braunkohlenggebiet. Aus Weisenfels a. S. wird gemeldet: Im mittelhessischen Braunkohlenggebiet waren am 18. d. Mts. von 13,444 Mann der Gesamtbeschäftigten 4335 Mann ausständig. Die Niederrheinischen Montanwerke haben durch Anschlag die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit abgelehnt. Auf die bereits erwähnten Versuche der Streikkommission zum Vermitteln hat das Oberbergamt Halle erklärt, daß es nicht in der Lage sei, vermittelnd einzutreten, weil die bestehenden Arbeiterausschüsse, die die gesetzlichen Vertreter der Belegschaften seien, von den Ausständigen nicht als solche anerkannt würden. Die hiesigen Behörden erklärten sich zur Einleitung von Vermittlungsverhandlungen bereit, wenn die Arbeit sofort wieder aufgenommen werden würde. Davon kann natürlich keine Rede sein.

Eine Weisheit der Hamburger Reeder. Der Verein Hamburger Reeder richtete an den Vorstand des Seemannsverbandes als Erinnerung auf dessen Eingabe vom 13. April ein längeres Schreiben. Davin wird erklärt, daß von der gewünschten Aussprache nur dann ein schriftliches zu erwarten ist, wenn die zu wählende Kommission den Reeder Garantien dafür bietet, daß die jetzigen Vorstandsmitglieder des Seemannsverbandes durch Männer ersetzt werden, die geeignet und gewillt sind, ein angemessenes friedliches Verhältnis zwischen den Reedereien und ihren Seeleuten wieder herzustellen und aufrecht zu erhalten. Sollte die Kommission nicht in der Lage sein, vor der Unterredung die schriftliche Erklärung abzugeben, daß sie ausreichende Garantien in dieser Beziehung zu geben, benachmächtigt sei, so müsse der Verein von vornherein den Empfang ablehnen, da in diesem Falle die gewünschte Aussprache völlig zwecklos erscheine. - Einu zweihundert von deutschen Schiffen Agenten angeworbene Leute verschiedener Staatsangehörigkeit sind am Donnerstag früh von Cardiff nach Hull abgegangen, um sich nach Hamburg zu begeben, wo sie an Stelle der ausständigen Seeleute treten sollen. Polizeimannschaften waren bei der Abreise zugegen, um die Ordnung aufrecht zu erhalten.

Ausstand in Düsseldorf. Bei der Firma Franz Vahner, Silberwarenfabrik, sind 33 Bedienstete in den Ausstand getreten. Es handelt sich bei dem Kampfe um die Verteilung des Koalitionsrechts. Die Firma verlangt von den Arbeitern den Austritt aus dem Verbande, worauf diese die Kündigung einreichen. Wenn der Antrag von auswärts fern gehalten wird, muß die Firma nachgeben. Zugang von Bediensteten, Schweißern, Bergarbeitern u. ist deshalb ferngehalten. Die freizutretenden Postbeamten in Paris haben auf keine Gnade beim Ministerium zu rechnen. Ministerpräsident Carrion weigerte sich, die Abordnung der ausständigen Postbeamten zu empfangen; er erklärte, er wolle nicht Beamte bei sich sehen, die sich im Aufstand befinden.

Aus aller Welt.

Hier ein kurzes, heftiges, wellenförmiges Erdbeben in der Richtung von West nach Ost verspürt.

Der Grubenkatastrophe von Courrières wird aus Lens vom Mittwoch gemeldet: Vertreter der Gerichtsbehörden führen in Nacht 2 der Kohlengrube von Courrières ein, um den Zustand des Absperrdammes des Cäcilienanges auf der 326 Meter-Sohle festzustellen, wofür man bisher nicht hat gelangen können. Der Staatsanwalt, dem Ingenieur als Führer dienten, stellte fest, daß der Brand im Josephnengange nahezu erloschen sei; die Gerichtsbeamten gelangten dann, seit dem Ingenieur geführt, nach dem Cäcilienange auf 326 Meter. Man stellte dort fest, daß der ausgeführte Absperrdamm nicht die geringste Veränderung aufwies und nicht einmal warm war, daß daher, wie es scheint, der Brand von vornherein mit dem großen Grubenunglück nichts zu tun hatte, da das Feuer im Cäcilienange in seinen Absperrdämmen ein geschloffen war.

Eine anstößige Kindererziehung kam in einer Verhandlung des Berliner Schöffengerichts zur Sprache. Wegen jugendlicher Unkeuschheit angeklagt war der Inhaber der mechanischen Kisten- und Feinlocherfabrik Gottfried Heiserich. Der 10-jährige Schüler Paulus, der mit einem anderen Schüler für 15 Pfennige wöchentlich in der Fabrik beschäftigt wurde, war während der Mittagspause an die Habelmühle gegangen, hatte diese in Betrieb gesetzt und sich eine schlimme Handverletzung zugezogen. Als der Angeklagte in der Gerichtsverhandlung durch Fragen die Arbeit der Kinder mehr als Spielerei darstellte, trat die Mutter des verletzten Knaben vor und behauptete, ein anderer Schüler sei einige Male zu spät gekommen, habe ihren fünf Pfennige vom Arbeiter erhalten, so daß er nur zehn Pfennige für diese Woche erhalten habe. Der Frage bestätigte das. Im übrigen erwiderte er, daß ein Schwoager des Angeklagten die Aufsicht über die Fabrik habe. Das Gericht hielt diesen Schwoager für den der jugendlichen Körperverletzung Schuldigen und sprach den Angeklagten frei.

Der beleidigte Muttersohn. Der Schriftsteller Johannes Dose hat einen Roman unter dem Titel 'Muttersohn' erscheinen lassen. Die Hauptrolle in diesem Roman spielt ein Adms Berg. Rechtsanwalt Ritter aus Tondern nahm an, in dem 'Muttersohn' sei er eigentlich der Adms Berg und sei durch einige Verzeihungen beleidigt. Er klagte wegen Verleumdung. Das Schöffengericht in Lübeck wies die Klage ab. Die Strafkammer hob das freisprechende Urteil auf, verurteilte Dose wegen Verleumdung zu 200 Mk. und erkannte auf Einlegung des Romans. - Bestätigt das Oberlandesgericht dies in Gestalt eines Verleumdungsprozesses gelübte Bestenstücklein, so wird der 'Muttersohn' verbrannt und die zu seiner Erzeugung gebrauchten Platten vernichtet werden. Ob damit wirklich dem Rechtsanwalt Ritter gebiet ist?

Sungertod auf dem Brocken. Am Abhang des Brocken wurde dieser Tage eine weibliche Leiche gefunden. Weitere Ermittlungen haben ergeben, daß das verunglückte junge Mädchen Minna Kieborn, 25 Jahre alt, aus Röttingen bei Braunschweig ist. Im Sommer 1903 war sie im Brockenhotel in Stellung, wollte also wohl dort jemand aufsuchen. Sie ist vom Schneefeldwege abgekommen und hat beim Sturz auf Klippen ein Bein gebrochen sowie sich den Kopf verletzt. Ohne Hilfe ist sie dann dem Hungertode verfallen und den ganzen Winter über im Schnee liegen geblieben. Der Unfall ist schon im Oktober passiert. Bei der Leiche wurden 27 Mk. gefunden.

Der Entdecker des Radiums, Professor Curie, wurde durch einen Lastwagen in der Rue Dauphine in Paris überfahren. Er wurde nach einer benachbarten Sanitätswache gebracht, wo er bald verstarb. Der Verunglückte war auf dem Straßenpflaster ausgeglitten.

Schweres Brandunglück. Das Gut Mis. sta bei Michanowo wurde von Großfeuer heimgesucht. Der Gutbesitzer Wisla sand den Flammen 30 Pferde, Kühe, sowie zahlreiche Schweine zum Opfer.

Bei der Entgehung eines Militärzuges auf der sibirischen Bahn in den 10 Personen starben und 50 zum Teil tödlich verletzt. 23 Pferde sind geschmettert. Im Laufe dieser Woche ist dies bereits der 3. Entgehung eines Militärzuges, die mit Menschenopfern verbunden war.

beit und der Familienleben schwer schädigt, in weiterer Folge, daß durch die Unregelmäßigkeit und das lange Ausbleiben des Geschäftes und Arbeitschlusses durch die übliche Sonntagsbeschäftigung sowie durch den hohen Lohnschalterklus der Ausbeutung der Arbeitszeit wesentliche Nachteile herbeigeführt sind, in weiterer Folge, daß die historische Unfallsfähigkeit auch in den Kleinbetrieben des Handelswesens, die mangelhaften und gesundheitswidrigen Arbeits- und Aufenthaltsräume wesentliche Nachteile für Gesundheit und Leben der beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen zur Folge haben, fordert der Kongress:

1. Reichsgesetzliche Festlegung einer täglichen Maximalarbeitszeit von 9 Stunden für alle Arbeiter und Arbeiterinnen über 18 Jahre und von 8 Stunden für jugendliche Personen bis zu 18 Jahren.
2. Unterbrechung dieser Arbeitszeit durch regelmäßige Pausen, von denen die Mittagspause in der Mindestzeit von zwei Stunden festzusetzen ist.
3. Einzelne gesetzliche Durchführung des Achtstundentages, Geschäfts- und Arbeitschlusses für alle Handelsbetriebe.
4. Generelle Einführung des Schutzhilfschalterschlusses für das ganze deutsche Reich.
5. Vollständige Sonntagsruhe für alle kaufmännischen Betriebe.
6. Ausdehnung der Unfallversicherung auf das gesamte Handelsgewerbe.
7. Erlass von Vorschriften über die hygienische Beschaffenheit der Arbeits- und Aufenthaltsräume.
8. Verbot des Ross- und Logiszwanges beim Arbeitgeber.
9. Verbot von Verwendung jugendlicher Arbeiter unter 21 Jahren als Transportradfahrer.
10. Errichtung von Handelsinspektoraten gleich der Fabrikinspektion unter Einwirkung von im Beruf erfahrenen Arbeitern als Assistenten.
11. Ausdehnung des obligatorischen Fortbildungswesens auf die jugendlichen Handelsbetriebe und Arbeiterinnen.

Mit einem Satz auf das Gelingen der Einigungsbestrebungen schloß der Vorstands Schumann hierauf die Verhandlungen des Kongresses.

8. Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes.

Mühlhausen i. Th., 18. April 1906. Fünfter Verbandstag. Die Debatte über die Unterstützungs-Einrichtungen des Verbandes wird lebhaft mitgemacht. Umbreit als Vertreter der Generalkommission plädiert für Einführung einer Steuerunterstützung. Die Steuerunterstützung soll in folgender Weise geregelt werden:

Beitrag für 50 Pf.	11-13 Mk.
40	9-11
30	7-9
20	6-7

Die niedrige Staffel ist für Mitglieder, welche noch keine Beitragsleistung von 52 Wochen geleistet haben. Ferner soll für jedes Kind unter 14 Jahren in Klasse I und II 0,75 Mk., in Klasse III und IV 1 Mk. gezahlt werden, jedoch darf die Gesamtunterstützung in

I. Klasse	10.- Mk.
II.	12.-
III.	15.-
IV.	17.-

nicht übersteigen. Bei Gemäßigten-Unterstützungen sollen diese Sätze um 2 Mark in jeder Klasse erhöht werden. - Ferner müssen in allen Fällen, außer bei Krankheit, auch während der Unterstützungswochen, die Beiträge gezahlt werden. Die Kranken-Unterstützung wird wie folgt geregelt:

I. Klasse 20 Pf.	2.- Mk.	2.50 Mk.	3.- Mk.	3.50 Mk.
II.	30	2.50	3.-	3.50
III.	40	3.-	3.50	4.20
IV.	50	3.50	4.20	4.90

Mit großer Majorität wird die Einführung einer Unterstützungsbeitrag bei Sterbefällen beschlossen, die sich nach folgenden Beitragsklassen regelt:

I. Klasse 15 Mk.	20 Mk.	25 Mk.	30 Mk.
II.	20	27	33
III.	25	34	42
IV.	30	40	50

Die übrigen Unterstützungsgegenstände des Verbandes erfahren keine wesentliche Änderung, nur einige redaktionelle Änderungen werden vorgenommen. Das geänderte Statut soll mit dem 1. Januar 1907 in Kraft treten. Zum Punkte Gauenteilung und innere Verwaltung erhält v. d. Berg zum Bericht der Kommission des Vort. Nach ausgedehnter Debatte werden zum Gau-Reglement einige redaktionelle Änderungen angenommen. Ferner soll für Brandenburg 1 und für Sachsen 3 Gauleiter angefügt werden. Alle sonst gestellten Anträge finden unter diesem Punkt ihre Erledigung. Nach mehrstündiger Debatte, worin nur interne Verwaltungsangelegenheiten behandelt werden, wird das Gehalt für die Beamten des Zentralverbandes, das mit 2000 Mark beginnen und bis zu 2400 Mark steigen soll, festgelegt, dagegen sollen

New York, 19. April. Aus Oakland wird gemeldet: Während der Nacht sprang das Feuer auf die vorhergehenden Dächer von San Francisco über. Das von panischer Angst ergriffene Volk flüchtete aus den Häusern heraus, seine nachbaren Gegenstände mit sich führend. Die Menge stürzte in die Parks und auf die öffentlichen Plätze. Alle Theater sind zerstört. Der Versuch an Menschenleben wird niemals genau bekannt werden, da Hunderte den Tod in den Klammern gefunden haben. Der Realpost und Burlington, die beiden bemerktesten Verträge haben ebenfalls gelitten. Ferner sind auch Papa, Kaleso und alle Städte in der Umgegend der Bai beschädigt worden.

Washington, 19. April. General Funston hat heute dem Kriegsdepartement aus San Francisco telegraphiert, daß die Stadt tatsächlich zerstört sei.

Washington, 19. April. Auf die Depesche des Generals Funston an das Kriegsdepartement, in der Jette und Lebensmittel für 2000 Personen verlangt wurden, hat Kriegssekretär Taft erwidert, er habe 200,000 Rationen in Vancouver Barracks (Washington Terr.) bestellt und werde die Lieferung von Jette sofort detanlassen.

New York, 19. April. Ein Telegramm aus Chicago meldet, daß die Versicherungsströme der Feuerversicherungs-gesellschaften, welche die in San Francisco entstandenen Verluste zu decken haben werden, sich auf etwa 210 Millionen Dollars belaufen dürften.

New York, 19. April. Aus allen Landesteilen kommen die großzügigsten Anerbietungen von Hilfe für San Francisco. Der Chef des Generalstabs ordnete scheinunglose Sammlung von Hilfsmitteln von verschiedenen Plätzen aus an. Der Schatzsekretär wies telegraphisch 10 Millionen Dollars an, der Senat von Washington bewilligte 500,000 Dollars für die Hilfsgelder. - Das Kriegsdepartement hat die Nachricht erhalten, daß das Feuer in San Francisco nicht mehr zu sehen ist.

Paris, 19. April. Der Schwund der französischen Landeswehrmacht berechnete Herr Raymond ein einschüßliches Feuerbeben. Das höchste Beben war um 2 Uhr 26 Minuten.

Saratoga, 19. April. Heute Donnerstag 11 Uhr wurde

Portionen, von denen über die Hälfte solche zu 10 W. waren.

Dem gewaltigen Betriebe gegenüber, der von 21 Personen bewältigt werden muß, hat sich die Anstalt ihren Einrichtungen und Räumlichkeiten nach zu klein erwiesen. Deshalb mußte man sich mit dem Gedanken der Errichtung eines zweiten Speisehauses verträumen lassen, und wie unsere Leser wissen, ist dieser Gedanke bereits insofern zur Tat geworden, als die Stadtverordnetenversammlung letzten beschloffen hat, den Bau einer zweiten derartigen Anstalt auf dem Grundstück Mühlgasse 4 und 5 in Aussicht nehmen zu lassen.

Die diesjährige Maisfeier soll imposant gefeiert werden! Das Gewerkschaftskartell beschäftigte sich in seiner Sitzung am Donnerstag, die „Zum kühlen Strand der Oder“ stattfand, mit der Maisfeier. Das einleitende Referat hierzu hatte Genosse Albert übernommen. Nebenher betonte zunächst, daß die unterchristliche Verpflichtung von etwa fünfzehnhundert Holzarbeitern, am 1. Mai feiern zu wollen, sowie die Aussperrung der Metallarbeiter, zu der Hoffnung berechtigten, daß die diesjährige Maisfeier einen weit imposanteren Verlauf nehmen würde, als in den vorigen Jahren. Albert kritisierte dann den Beschluß des städtischen Gewerkschaftskongresses und die auf demselben gehaltenen Reden, namentlich von Robert Schmidt, Veimpefers etc., bezüglich der Maisfeier. An Zahlen zeigte er, daß das Argument durchaus hinfällig sei, wenn man behauptet, durch die Maisfeier würden den Gewerkschaften große Opfer auferlegt infolge der vielen Anwesenheiten. Es müßte vielmehr gesagt werden, daß die Zahl der Ausgesperrten in den verschiedenen Kreisen weit größer sei, als die anlässlich der Maisfeier. Die Durchführung der Beschlüsse vom internationalen Sozialistenkongress in Amsterdam und vom Januar-Parteitag müsse jedem Genossen und Gewerkschaftler zur bringenden Pflicht gemacht werden. Der Wert und die Bedeutung der Maisfeier bestehe nicht nur darin für die allgemeinen sozialpolitischen Forderungen, gegen den Krieg und für den Weltfrieden zu demonstrieren, sondern sie solle auch gerade einen feuchten Eingriff in die „Rechts“sphäre der herrschenden Klassen darstellen.

Leider sei ja hier und da das Interesse für die Maisfeier ein wenig abgeklaut. Das läge zum Teil an der mangelnden Vorbereitung. Einmal würde in den Gewerkschaften die Bedeutung des 1. Mai nicht genügend erörtert, außerdem trage sie nicht mehr den ersten und würdigen Charakter, der ihr allein innewohnen solle, sondern man habe aus ihr einen Jahrmarktstrubel gemacht. Wenn nicht alle Zeichen trügen, hätte sich jetzt ein erfreulicher Umschwung in parteigenössischen und gewerkschaftlichen Kreisen vollzogen. Man wünsche eine umfassende und würdige Maisfeier. Hoffentlich werde das in diesem Jahre der Fall sein.

In der Debatte ergreifen die Genossen Gerlach, Grunow, Böcker, Krause, Scholich, Mehrlein, M. Peikert, Heymann und Frenzel das Wort, die dem Grundgedanken des Vortrages, die Maisfeier umfassender und schöner zu gestalten, vollkommen beipflichten. Nach verhältnismäßig kurzer Debatte wird folgende Resolution einstimmig angenommen:

In Übereinstimmung mit der Mehrheit des Kölner Gewerkschaftskongresses und dem Beschlusse des Jenaer Parteitages fordert das Gewerkschaftskartell die organisierten Arbeiter auf, mehr als bisher die Mai-Demonstration durch Arbeitsruhe zu belegen. Das Kartell begrüßt das Vorgehen der Breslauer Holzarbeiter, die sich in statlicher Anzahl schriftlich verpflichtet haben, am 1. Mai nicht zu arbeiten, und spricht die Hoffnung aus, daß auch andere Organisationen baldigst dem Beispiel folgen. Unter allen Umständen aber müssen die Gewerkschaftsführer dafür sorgen, daß in ihren Organisationen der Wert der Mai-Demonstration und die gewaltige Bedeutung der Verkürzung der Arbeitszeit mehr als bisher dargelegt und dafür gesorgt werde, wenigstens den Versuch zu machen, die Arbeitsruhe am 1. Mai zu erringen.

Das Kartell macht es ferner den organisierten Arbeitern zur dringenden Pflicht, die Veranstaltungen der Partei am 1. und 6. Mai vollständig zu besuchen und auch weitestens Kreise der Indifferenten dafür zu gewinnen.

Vom Streit der Stultakture

ist zu berichten, daß insgesamt 102 Mann die Arbeit niedergelegt haben. Hieron haben inzwischen zehn Mann bei einer Firma die Arbeit zu den neuen Bedingungen wieder aufnehmen vermocht, sodass die Zahl der Streikenden zur Zeit 92 beträgt. Mehrere hiervon stehen im Begriff abzuziehen, da ihnen von auswärtig Arbeit angeboten wurde. Arbeitswillige sind nur drei oder vier vorhanden. Eine Versammlung beschloffen sich am Mittwoch u. a. auch mit dem anonymen Schreiben, das von Seiten der Arbeitgeber an die hiesigen Zeitungen gelangt und auch von der „Volksrecht“ abgedruckt worden ist. Es wurde festgestellt, daß ein einziger „Werkstattarbeiter“ einen Lohn von 65 Pfennigen pro Stunde erhält, was den in dem Schreiben angegebenen Wochenverdienst entspricht, den Werkstattarbeiter angeblich erreichen können. Dieser Kollege arbeitet jedoch zumeist auf Bau, und wenn er gerade einmal in der Werkstatt arbeiten muß, bezahlt man ihm dementsprechend besser als die anderen. Auch der angebliche Verdienst, den die Stultakture am Bau erreichen können, entspricht dem eines einzigen Kollegen, doch stimmt auch dann die Rechnung noch bei weitem nicht, indem Postgeld etc. von dem angegebenen Verdienst abgezogen bleibt. Die Meister brauchen nur das taxiert anerkennen, was sie nach dem Schreiben schon zahlen und sofort wird überall die Arbeit wieder aufgenommen. Die Unrichtigkeit des betreffenden Schreibens wird noch in einem besonderen Eingangs an alle Zeitungen differenziert nachgewiesen werden. Von Seiten des Vorstandes des Gewerkschaftskartells ist augenscheinlich ein Einigungsversuch geplant. In sich hat die Stultakture nicht abgeneigt, vor dem Gewerbegericht zu verhandeln, obwohl sie selbst hierzu ein besonderes Bedürfnis noch nicht empfinden und der Meinung sind, es so lange aushalten zu können, bis die Meister von selbst ihren abgrenzten Standpunkt gegenüber den Forderungen aufgeben werden.

Die religiösen Juden Breslans haben sich eine eigene Zeitung zugelegt. Sie benennt sich: „Mitteilungen des liberalen Vereins der Synagogen-Gemeinde Breslau“ und sagt im Geleitwort über die Absichten und Ziele, daß sie den religiösen Fortschritt fördern

wolle. Die erste Nummer enthält Artikel über den neuen Schulgesetzentwurf mit den Ausführungen von Rabbiner Fabian, Rabbiner Guttmann, Landgerichtsrat Wollstein etc. Herausgegeben wird das Blatt vom Schriftführer des Vereins, Herrn Alfred Nischowsky.

Das Gewerkschaftskartell hielt Donnerstag Abend im Lokale „Zum kühlen Strand der Oder“ eine Sitzung ab, in der über die Metallarbeiter und außerdem den ausgesperrten Metallarbeitern und den übrigen in Mitleidenschaft gezogenen Berufs eine Sympathieversammlung veranstaltet wurde. Die diesbezüglichen Berichte bestanden sich an anderer Stelle. Ferner wurde vom Vorsitzenden Sehnert darauf hingewiesen, daß zum Selbstretenden Vorstehen des Kartells Genosse Scholich und zum Obmann der Ausschusskommission für die Gewerkschaften der Delegierten ein Mitwirkender, daß die Badermeister ihren Angehörigen am 1. Mai festsetzen und Genosse Peter Henschel forderte die Vorstehenden der Gewerkschaften auf, ihre Kollegen anzuweisen, für die sofortige Ablieferung der Kartellbeiträge Sorge zu tragen. Bis jetzt seien nur 20 Gewerkschaften ihren Verpflichtungen nachgekommen. Das müsse unbedingt anders werden, sonst könne er das übernommene Amt nicht so ausüben, wie er es gerne möchte. Es fehlten die folgenden Delegierten: Walter Labesbin, Erbauer Wehr und Kleinmeister, Gärtner Meier, Leberarbeiter Fleißig, Schirmmacher Witt und Walter, Schmied Hoffmann, Vergolder Peter und Fabrikarbeiter Trampe.

Arbeitswillige im Scharfrichtergewerbe. Der Scharfrichter Engelhardt aus Magdeburg weigerte sich, den Mordmörder Büther in Hannover zu köpfen, weil ihm ein Magdeburger Rechtsanwalt im voraus das Honorar gepfändet hatte. Mit Recht. Einen Menschen umbringen und nichts davon zu haben, das kommt nur im Kriege vor. Im Frieden aber muß jedes staatlich konzessionierte Handwerk seinen goldenen Boden haben. Pro Kopf so und so viel, heißt's beim Henker wie beim Arzt, oder man streift. Und Engelhardt streifte. Leider aber hatte er die Rechnung ohne seinen Kollegen in Breslau gemacht. Dieser Abbedeckte hatte so wenig Solidaritätsgefühl, daß er um Arbeitswilligen wurde und die Hinrichtung vollzog. Wie wir hören, beabsichtigt nun Engelhardt, eine Gewerkschaft der Scharfrichter zu gründen, die den Zweck verfolgt, das Standesbewußtsein und die soziale Lage der Scharfrichter zu heben und den Arbeitgeber, d. h. in diesem Falle den Staat, auf Grund des Rechtes auf Arbeit zur Beschaffung genügender Arbeitsgelegenheit zu zwingen.

Milchschankhäuser in Breslau. Der Magistrat hat die Bedingungen zur Vermietung von 18 Plätzen auf städtischen Promenaden und Straßenland zur Errichtung von Milchschankhäusern ausgeschrieben. Die 18 Plätze sind: 1. im Reichardtspark, 2. auf dem Gustav-Freitagplatz, 3. Dreiecksplatz in der Poststraße, 4. Kaiser Wilhelm, 5. Striegarauer, 6. Mauritianus, 7. Treppenher, 8. Waterloo, 9. an der Universitätsbrücke, 10. auf dem Christophorusplatz, 11. Gneisenauplatz, 12. Berliner, 13. Matthiaskop, 14. an der Sandbrücke, 15. auf dem Königsplatz, 16. Schieferberg, 17. Sonnenplatz und 18. Nachplatz. Ein Betrag aus dem Vertriebe der Schankhäuser wird nicht gewährleistet. Die gemieteten Plätze dürfen nur zur Errichtung von Milchschankhäusern benutzt werden. Mieter hat auf seine Kosten die Häuser zu bauen und an die städtische Wasser- und Kanalisation anzuschließen. Mieter hat alle Häuser, sowie die Anschlüsse an die Leitungen dauernd in Ordnung auf seine Kosten zu erhalten, und nach Ablauf des Mietvertrages den gemieteten Platz in den vor der Versteigerung der Häuser vorhandenen gewesenen Zustand, insbesondere frei vor allen Bauhöfen, der Stadtgemeinde herzustellen. In den Häusern darf nur Milch, kein Nebenprodukt verabreicht werden. Der Ausschuss hat nur in der Zeit vom 1. April bis zum 1. Oktober zu erfolgen.

Der Mietzins beträgt für jeden Platz auf 1 Jahr 75 M. Zusammen für 18 Plätze 1350 Mark. Für die pünktliche Erfüllung aller vertragsmäßigen zu übernehmenden Verpflichtungen hat der Mieter eine Kaution von 600 Mark zu hinterlegen. Es darf nur Vollmilch mit mindestens 3 Prozent Fettgehalt verkauft werden, und zwar zu einem Preise von 5 Pfennig pro Glas. Die Milch darf nur glasweise verpackt werden. Der Betrieb in den Milchschankhäusern, die Gewinnuna, Vereinerung (Pasteurisierung) der Milch sind der dauernden Aufsicht und Kontrolle des hiesigen königlichen hygienischen Instituts der Universität und des städtischen chemischen Untersuchungsamtes unterworfen. — Es dürfte nach unserer Berechnung für jedes Milchschankhaus ein Anlagekapital von 2500 Mark erforderlich sein.

Der Verband der Sattler hielt am Sonnabend eine stark besuchte Versammlung ab. Der Kassierer gab den Bericht über die Abrechnung vom 1. Quartal 1906, die einen befriedigenden Abschluß hatte, unter anderem hat die hiesige Filiale innerhalb Jahresfrist eine erhebliche Zunahme zu verzeichnen, es ist durch lebhaftes Agitation und angestrengtes Fleiß gelungen, den Verband von 70 Mitgliedern pro 1905 auf gegenwärtig 190 Kollegen zu bringen und es ist zu hoffen, daß für die Zukunft vollständig mit der Harmoniebusse ausgeräumt wird, die die Breslauer Kollegen auf verschiedenen Gebieten befeht. Die Versammlung beschäftigte sich ferner mit den Forderungen der Treibriemenarbeiter und denjenigen einer hiesigen größeren Kofflerwerkstatt. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung: „Unsere Stellungnahme zur Aussperrung der Metallarbeiter und unsere daran beteiligten Kollegen“, entfaltete eine lebhafteste Debatte. Nach gründlicher Aussprache über daran interessierten Kollegen wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Mitgliederversammlung des Verbandes der Sattler nimmt Kenntnis von den Vorgängen in der Metallindustrie und erklärt ihre vollste Anerkennung der Forderungen, und ihre Sympathie den Metallarbeitern; sie wird ferner bei Verwirklichung der Massenaussperrung den bei ihr selbst in Betracht kommenden Kollegen ihre vollste Unterstützung in materieller und moralischer Hinsicht in reichlichem Maße angedeihen lassen.“

Ein hinterlistiger Streik. Am 16. d. Mts., Abends, wurde auf dem Margaretenweg ein Postkutsch von einem Kutschmann in ein Wasserloch an der Obste gemornt. Der Angefallene verfolgte den Täter, holte ihn auf der Kollaterstraße ein und übergab ihn einem Schutzmann.

Feuer. Am 18. d. Mts., Nachmittags, geriet in einem Grundstück Obster Chaussee 29d ein Strohbohlen, wahrscheinlich infolge böswilliger Brandstiftung, in Brand.

Ein rätselhafter Leichenfund. Am dritten Feiertag, Nachmittags, ist von einem Pirschamer Einwohner die Leiche eines jungen Mannes aus der Obste am Raffebau in Pirscham gezogen worden. Die Leiche zeigte, besonders im Gesicht, starke Verletzungen, sodass die Vermutung besteht, daß ein Verbrechen vorliegt. Doch ist es auch nicht ausgeschlossen, daß, da die Leiche aufschwebend längere Zeit im Wasser gelegen hat, die Verletzungen durch Anstoß an Äste und Sträucher während des Unterganges entstanden sind. Bei der Leiche fand sich nur eine kleine Dorschale und mehrere Briefe, in denen die Leiche als ein Student in Pirscham gebürtig wird. Nach der Ansicht der Briefe scheint die Leiche die Buchmacherin Bertha Pellner zu sein, die in dem Puschelack von Herr. Sandstraße 15. beschlagnahmt war. Die Leiche ist am folgenden Tage in die Anatomie geschickt worden.

Nicht auf den Nasen sehen! Diese Mahnung (hört man in jetziger Zeit, wo das erste junge Grün auf den Wiesen und Wegerändern so verlockend zum Niederlegen einladet, den Kindern allen Ernstes ein, wenn sie hinaus-eilen ins Freie, um dort im fröhlichen Spiele sich zu tummeln. Das Erdreich ist noch feucht und kalt, und schwere Erkrankungen können die Folge des Niederlegens auf den Nasen sein. Mögen die Eltern ihren Pflegebefohlenen immer und immer wieder diese Mahnung mit auf den Weg geben und auf deren strengste Befolgung ein wachsameres Auge haben.

Folgeschwerer Unfall. Am 16. d. M. verunglückte eine Tischlerwerkstätte 1 wohnende Witwe mit ihrem 8 Jahre alten Enkelsohn, indem sie bei dem Dorfe Leuzen aus einem Wagen heraus-geschleudert und schwer verletzt wurde. Beide wurden sofort nach Breslau geschafft. Wahrscheinlich ist die Verletzung des Enkelsohns infolge des Unfalls am nächsten Tage gestorben.

Verhaftung. Der 15. d. Mts. das 18 Jahre alte Dienstmädchen Emma Kubicki, welches Zimmerstraße 13 in Stellung war, ferner der 15 Jahre alte Schneiderlehrling Fritz Krauer von der Friedrich-Karl-Straße 20.

Polizeiliche Meldungen. In das Polizeigefängnis wurden am 18. d. Mts. 25 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: Ein Damenjaquet, eine Silberne Perlenkette. — Abgehoben kamen: Eine Wäsche mit einem blauen Stein, ein Trauring und eine goldene Uhr mit goldener Kette und Medaillon.

Gefunden wurden: Einem Musiker in einem Café ein Ueberzieher, einem Mädchen in einer Restauration auf der Berliner Chaussee ein Jackett, einem Knechtwächter eine Kette (Drilling, Kathener), einer Glasermeisterin ein Trauring, gest. H. S. 4. 01 — 15. 8. 03. In der Nacht zum 18. d. M. aus einer Wohnung auf der Friedrichstraße 87 M., eine Perlen- und eine Damenuhr, eine goldene Kette und ein goldener Damerring, einer Witwe von der Reichstraße in einem Warenhause ein Portemonnaie mit 10 M.

Aus Schlesien und Posen.

Der Kampf der Gottesberger Bergleute.

Am Ostermontag fand eine öffentliche Bergarbeiterversammlung in Wittenberg mit der Tagesordnung: „Die Stellung der Frau im wirtschaftlichen Kampfe der Gegenwart“ statt. Genosse Kaufmann, welcher das Referat übernommen hatte, entfaltete sich seiner Aufgabe in vorzüglicher Weise. Redner schildert eingehend die Ursachen, warum es zu Kämpfen zwischen Arbeiter und Kapital kommen muß und daß die Kämpfe immer schärfer Formen annehmen müssen. Nebenher schildert ferner, wie gerade die Frau an allen diesen Fragen interessiert wäre, da sie auch infolge der niederen Löhne mitarbeiten muß, und dafür am schlechtesten entlohnt wird. Durch die kolossalen Zollerhöhungen auf Lebensmittel mühten auch die Frauen einleihen, daß sie mit den Männern Hand in Hand geben müssen, um die Löhne in die Höhe zu bringen, damit ein Ausgleich auf diese Weise geschaffen wird. Nachdem Redner noch eingehend die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf den Niederlohn-Gruben geschildert hatte, — dabei nachweisend, daß gerade hier in Niederlohn die elendesten Löhne und die miserabelste Behandlung anzutreffen sei, machte Redner noch auf den Betrug aufmerksam, welcher jetzt wieder im preussischen Landtag vor sich geht, indem man dort die Verbesserung in der Robelle zum Titel 7 heraus-trahmt, um dafür Verschlechterungen hinzuzubringen. Redner schloß mit der Aufforderung an die Frauen, auch jetzt während der hiesigen Lohnkämpfe Schulter an Schulter mit den Männern zu stehen, erst dann werden Erfolge durch den Streik erringen werden.

Dienstag fanden wieder vier Versammlungen der Streikenden und zwar in Gottesberg, Felshammer, Alt-Büßig und Rotherdach statt. Die Versammlungen waren wieder stark besucht, fast alle Streikenden waren erschienen, der Zweck der Versammlungen war, Bericht über die Situation zu geben. Die Werkverwaltung hatte gehofft, daß infolge der Feiertage die Leute wieder in großer Zahl zur Arbeit zurückkehren würden. Die Werkverdirektion hat sich aber gründlich geirrt. Es waren am Oster-Dienstag noch circa zehn Mann weniger zur Arbeit gegangen, als vor den Feiertagen. Einer von diesen nahm auch in der Gottesberger Versammlung das Wort und schilderte, wie es auf dem Werke zugeht, wie er es ganz einfach nicht mehr aushalten konnte und deshalb zu den Streikenden übergetreten sei. Also auch die Feiertage sind, obwohl wieder viele Beamte auf Beurlaubung ausgegangen sind, nicht in der Weise verlaufen, als es die Werkverwaltung gewünscht hat.

Bestimmlich sollten die bis jetzt von der Grubenverwaltung gemachten Zuversichtsprüche — wenn man sie so nennen will — am 1. März in Kraft treten. Die Arbeiter auf den Schief. Kohlen- und Koks-Werken haben am Ostermontag schon einen Vorgeschaß bekommen, wie die Bewilligungen in die Tat umgesetzt worden. Viele sagten, daß es hier die Verwaltung ebenso gemacht hat, als wie voriges Jahr mit den Zuschüngen. Am Sonnabend sind Schichtlöhne für Häuser ausgezahlt worden von 3.09 M., 3.10 M., 3.20 M., ja sogar unter drei Mark, 2.94 M. usw. Das viele Geld am Sonnabend mag wohl noch bewirkt haben, daß eine Anzahl Arbeitswilliger sich dem Streik angeschlossen haben.

Die Stimmung in den Versammlungen war die, daß wenn die Grubenverwaltung nicht nachgibt, sie noch lange die alten Arbeiter nicht wieder sehen wird. Daß dann aber auch die Karte ausgegeben wird, wenn man nicht nachgibt, einige hundert bis tausend suchen werden. Die Bürgerchaft sieht sich auch schon, da eine ganze Anzahl Streikender bereits fortgemacht ist, beunruhigt.

Mittwoch wurde die Streikunterstützung ausgezahlt.

Antisemitismus in einer Schul-Verwaltung.

Zu einer scharfen Debatte kam es, wie der „Oberschlesische Wanderer“ schreibt, vor kurzem in einer Sitzung der Schuldeputation in Myslowitz, als es sich um die Wahl von Lehrerinnen für die städtische höhere Mädchenschule handelte. Von den Schullehrern der Anstalt sind ein Drittel jüdisch Glaubens. Rechtsamtwalt Richter stellte daher den Antrag, auch eine jüdische Lehrerin anzustellen. Der Antrag wurde nicht angenommen, es wurden drei katholische und zwei evangelische Lehrerinnen gewählt. — Die hierzu weiter berichtet wird, daß Stadtschulrath Klaska in der Anstellung einer jüdischen Lehrerin eine Gefahr für den katholischen Religionsunterricht. Es folgte eine hitzige Auseinandersetzung. Die Erregung über den Eingriff in die Parität ist bei den jüdischen Mitsitzern so groß, daß es viele Interessenten vorgehen wollen, ihre Äbter anzufragen nach Klaska's Tätigkeit in die höhere Mädchenschule zu schicken, aber von einer zu engagierenden Privatlehrerin unterrichten zu lassen.

Ein nationalpolitischer Streik.

Dem „Gornoslager“ in Katowitz berichtet das Oberschlesische Arbeiterbureau in Katowitz folgendes: „Weder in Bericht des Herausgebers des „Gornoslager“ Johann Gornoslager, habe vor kurzem, als Mitteilung von seiner politischen Arbeit von Oberschlesien in die Presse übergeben, die Blatt verbreitet, daß er in Katowitz verhaftet worden sei. Die politischen Arbeiter haben diese Nachricht nicht ausgereißt und teilen im Anschluß an diese Mitteilung mit, daß Herr Gornoslager in Katowitz nicht verhaftet worden ist, und ein solches Gerücht. Es geht sich um eine politische Verurteilung zu handeln, um die Verurteilung zu verhindern, die der „Gornoslager“ bestrebt. Seit einer halben Woche ist er

Das Personal dieses Klattes, weil ihm der Lohn vorantstehen wird. Das Klatt wird einweisen in einer anderen oberhalblichen Danderei hergestellt. Bei einer archen polnischen Vertragsgesellschaft in Oberschlesien Schwaben Unterhandlungen, die den Abschluss eines Sozialabkommens zur Folge haben werden. Die Verhandlungen haben sich vor dem Abschluss.

Aufreizung zu Gewalttätigkeiten.

Wegen Vergehen gegen die §§ 130, 187 u. 186 des Bürgerlichen Strafgesetzbuches stand am 19. April der Arbeiter-Vertrauensmann Genosse Stoeffel-Bromberg vor der Strafkammer des Amtsgerichts Koblenz. Ihm wurde zur Last gelegt, am 10. Dezember 1905 in Koblenz in einer Versammlung in einer den Frieden und die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdenden Weise eine Rede gehalten zu haben, durch welche unter anderem auch die Polizei von Koblenz in Verleumdung gebracht wurde.

Als Verteidiger fungierte Rechtsanwalt Friedmann-Berlin. Die Anklage behauptet, daß Stoeffel unter Hinweis in seiner Rede auf die rufschädlichen Verhältnisse sagte: „Zehntausend die Arbeiterbrüder in Russland an, die ihnen jetzt ihr Leben für die Freiheit einbringen, auch nicht mehr zu verlieren und mühen sich auch für bessere Menschenrechte kämpfen.“ In Bezug auf die Polizei soll Angeklagter seine Verwunderung ausgedrückt haben, daß die Polizei es wieder einmal gestatte, eine Versammlung abzuhalten. „Daß die Polizei zu wenig Fenstern und Türen haben, steht wohl der Polizei, daß aber Arbeiter in elenden Wohnungen wohnen, steht sie nicht.“ In letzterer Rede wird ferner der Anklage eine Verleumdung erdichtet.

Angeklagter stellt die ihm zur Last gelegte Verleumdung entgegengerichtet. In Bezug des zweiten Zeugnisses gibt er zu, seiner Freude darüber Ausdruck gegeben zu haben, daß nun den Arbeitern ein Lokal zur Verfügung steht, wo auch die Polizei nichts auszuweisen habe. Es seien auch Türen und Fenster in ausreichender Zahl vorhanden, so daß man auch nichts dagegen einwenden könne. Auch erkläre sich der Polizei weit höhere Gebühre ihrer Tätigkeit, indem auf dem Wege der Verbesserung der elenden Arbeiterwohnungen noch recht viel zu leisten übrig bleibt.

Der als Zeuge vernommene Polizeiwachmeister Holz gibt als Zeuge an, daß der Angeklagte auf ihn nicht den Eindruck gemacht habe, daß er oder seine Rede aufbezügliche Wirkung. In Bezug auf die Verleumdung, durch welche sich die Polizei beleidigt gefühlt, habe er das, was er in seinem Bericht, welcher den Akten beigegeben und ihm hier vorgelesen, vollkommen aufrechnet. Auf Befragen der Verteidigung, ob er Menogrammiert habe, verneint der Zeuge dieses, behauptet aber: daß er sich die letzten Sätze bei Aufstellung des Protokolls genau merke und dann die ganze Rede wörtlich und so das Protokoll zusammenstellte. Als Entlastungszeug trat Genosse Podemski auf, der im wesentlichen die Angaben des Angeklagten bestätigte.

Der Staatsanwalt hielt die Schuld des Angeklagten natürlich für erwiesen und beantragte für je ein Verstoß einen Monat Gefängnis, zusammengesetzt in 6 Wochen Gefängnis für eine anstrengende Strafe. Der Verteidiger plädierte für Freisprechung, indem er die vom Staatsanwalt angeführten Gründe, die zur Verurteilung führen sollten in allen Einzelheiten zerlegte. Der Antrag, den Richterpräsidenten Witte, des Rechtsanwalts Köpfen und mehrere Anwälte im Namen des Angeklagten, insbesondere seinerlei Gewaltthaten vorgekommen, dieselben vielmehr von einer sogenannten schwarzen Bande, einem Gefindel, welches mit der Arbeiterpartei nichts zu tun hat, verübt worden sind — wurde seitens des Verteidigers und des Angeklagten auch weiter aufrecht erhalten. Der Staatsanwalt beantragte Ablehnung des Antrages. Nach Beratung lehnte das Gericht diesen Antrag ab, mit der Motivierung, weil es für die Entscheidung des vorliegenden Falles indifferent sei, weil es darauf nicht ankomme, von wem Gewaltthaten verübt seien, ob von der schwarzen Bande oder von den Arbeitern. Nach Verurteilung dieser Ablehnung zog das Gericht sich zur Beratung des in der Sache zu fallenden Urteils zurück und verurteilte am Schluß: Wegen Vergehen gegen § 130 sei der Angeklagte freizusprechen, dagegen erkläre die Polizei in der zweiten Verleumdung eine Verleumdung der Polizeiverwaltung, indem es annehme, daß der Angeklagte der Polizeiverwaltung hat sagen wollen, daß sie in Ausführung ihrer sozialen Fürsorge nicht ihre Pflicht erfüllen. Für diesen Fall habe das Gericht eine Geldstrafe von 100 Mark für eine ausreichende Strafe. Der Polizeiverwaltung sei Publikationsstrafe auszusprechen. Die Akten möge, so weit Beurteilung in Frage kommt, der Angeklagte, um Abstrich die Staatskasse.

Gandel mit Menschenfleisch.

Vor einiger Zeit hatten wir auf die Konkurrenz hingewiesen, die die schlesische Landwirtschaftskammer der brandenburgischen bei der Beschaffung ausländischer Landarbeiter macht, und hatten die schwachholl schlichten, teilweise gelegentlichen Lohnbedingungen mitgeteilt, in denen die schlesische Landwirtschaftskammer Soldaten, Arbeiter, Soldaten, Soldaten als Landarbeiter ausbeutet. Nachstehend veröffentlichen wir die „Bezugsbedingungen“, die die brandenburgische Landwirtschaftskammer (Vermittlungsamt der deutschen Feldarbeiter-Zentralstelle zu Warschau) für galizische Wanderarbeiter (Polen und Ruthenen) aufgestellt hat. Es sind dies ungefähr dieselben schwachhollen Arbeitsbedingungen, wie sie seitens der schlesischen Landwirtschaftskammer veröffentlicht.

Die Löhne stellen sich wie folgt:

Tageslohn, wöchentlich zahlbar	Monatslohn		Tageslohn	
	Männer und große Mädchen	Frauen und Mädchen	Männer und große Mädchen	Frauen und Mädchen
a) bis zum 1. Juni	21	17	0,90	0,70
b) vom 1. Juni—1. September	22	19	1,—	0,80
c) vom 1. September	20	17	0,90	0,70

Der Arbeiter (deutsch sprechend) erhalten für jeden der ihnen unterstellten Leute eine monatliche Zulage von 30 Pfennig. Für Hebräen sind zu zahlen an Männer, Frauen, Mädchen und Knaben 10 Pfennig.

Die Naturalien erhalten die Leute pro Kopf und Woche:

1/2 Liter Roggenmehl oder Weizenmehl (täglich 1/2 Liter), 25 Pfund Kartoffeln, 10 Pfund Brot für Männer, 8 Pfund für Frauen und Mädchen, ein zehntel Pfund Pfeffer oder ein Pfund Mehl, 1 Pfund Hülsenfrüchte, 1 Pfund Reis oder Gerste, 1 Pfund Salz, 1 Pfund Seife.

Um die Leute leistungsfähig zu erhalten, dürfen ihnen dafür keine Geldentschädigungen gemacht werden, auch sind die Leute gehalten, nichts davon zu verkaufen, sondern alles Hebräischgebliebene an die Arbeitgeber zurückzugeben. Außerdem erhalten die Leute freie Wohnung, Heizung und Beleuchtung und jeder eine entsprechende Bekleidung.

Diese geringen Löhne können auch dadurch herabgesetzt werden, daß die Leute zu Arbeiterfamilien verschick

sind. Die Arbeiter erhalten ganz in das Belieben der Arbeitgeber gestellt. Es heißt in den Bezugsbedingungen: Die Arbeiter sind verpflichtet, auf Verlangen des Arbeitgebers zu jeder Zeit Arbeit zu verrichten und erhalten die bei der Auftragserteilung anzugebenden Arbeitslöhne.

Die Löhne werden nicht einmal voll ausbezahlt, vielmehr wird ein erheblicher Teil des Lohnes einbehalten, um die Arbeiter ganz in der Gewalt zu haben. Es heißt in den Bedingungen:

Für die Sicherheit der Arbeitgeber werden die Löhne der ersten und zweiten Monate bezahlt. Je drei Mark der ersten 10 Wochen erst beim ordnungsmäßigen Abgange der Leute fällig und ausbezahlt.

Daher bei diesen kümmerlichen Löhnen, bei dem Gefühl der Rechtlosigkeit, bei den Ausnahmestellen gegen die ländlichen Arbeiter sollte den miserablen gesundheitsgefährdenden Verhältnissen und der nicht zum Weib einladenden Behandlung vieler Ausländer die Arbeitsstellen so bald wie möglich verlassen werden, steht das halbamtliche brandenburgische Organ für Arbeitsvermittlung ebenso wie das schlesische voraus. Es heißt deshalb in den „Bezugsbedingungen“:

Für alle innerhalb vier Wochen nach dem Arbeitsantritt kontraktbrüchig werdenden Leute erfolgt Entlassung frei und ohne, nach Mitte April innerhalb 14 Tagen, jedoch müssen die Arbeitgeber spätestens acht Tage nach dem Kontraktbruch die Papiere der betreffenden Leute an die Hebräischgebliebene Warschau einreichen, sonst wird die Entlassung angelehnt.

Schwachholl ist die Möglichkeit, daß Landwirtschaftskammer menschliche Arbeitskraft zu sehr menschenwürdigen Bedingungen erlangen und Arbeitskräfte nach Teufelsland laden können. Daß diese jämmerlichen Lohnverhältnisse Verbrechen geradezu hervorbringen müssen, hat erst kürzlich wieder die Verhandlung vor der Ständebur Strafkammer gegen die wegen Mordes verurteilten polnisch-russischen Landarbeiter gezeigt. Etwas nur ein gesetzlicher Schutzbüchlein helmschirm und der ausländischen Landarbeiter.

Freiburg, 19. April. Wenn zwei das gleiche tun. Das Gewerkschaftsamt hatte den Beschluß gefaßt, am Sonntag, den 6. Mai, dem Tage der Kaiserin, einen Festzug mit Musik durch die Straßen Freiburgs nach unserem in Pölsnitz gelegenen Gewerkschaftshaus zu veranstalten. Doch hatten die Arbeiter die Rechnung ohne — den Amtsvorsteher von Pölsnitz gemacht, denn ehe der noch dazu beauftragte Genosse die Genehmigung der Behörde eingeholt, erhielten der Vorsitzende des Wahlvereins, sowie auch der Vorsitzende des Gewerkschaftsamtstells folgendes Schreiben vom Herrn Amtsvorsteher in Pölsnitz zurück:

Wie mir amtlich berichtet worden ist, hat das Gewerkschaftsamt in der Versammlung vom 5. d. Mts. beschlossen, am Tage der sogenannten „Majfeier“ einen öffentlichen Aufzug zu veranstalten.

Ich mache schon jetzt darauf aufmerksam, daß auf die Erlaubnis einer polizeilichen Erlaubnis zu dergedachten Veranstaltung diesseits nicht zu rechnen ist.

Bei „sogenannten“ Geburtsstagen- oder Hochzeitsfeiern können Aufzüge unbedenklich stattfinden. So, wenn zwei das gleiche tun...

Weiter hatten die Genossen, dem auch nur ein Lokal zur Verfügung steht, die Absicht, um möglichst allen Arbeitern Gelegenheit zur Teilnahme an der Veranstaltung am 1. Mai zu geben, dieselbe im Garten unseres Gewerkschaftshauses abzuhalten, — aber — das gibt's nicht. Dies hat man einfach im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung versagt! „Ja, ja, es ist nur gut, daß unsere Polizei auf alles acht gibt. Es wäre auch gar zu gefährlich gewesen, wenn auch die Sperlinge und Stare auf den Bäumen der Germania sich eine Festrede hätten mit anhören müssen! Vielleicht wären auch sie gar sozialdemokratisch geworden!“

Am 18. März hat die Polizei nicht für uns agitiert. Zum 1. Mai will sie es sich nicht entgehen lassen. Uns kann es recht sein!

Brieg, den 19. April. Der Streik der hiesigen Bau- und Mauerer ist nach fünfwöchentlicher Dauer beendet. Erreicht wurde eine Arbeitszeitverkürzung von 63 auf 60 Stunden wöchentlich; ferner eine Lohnerhöhung von 10 Prozent für Vorkriegszeit. Die Forderung, die Mauerarbeit abzuheben mußte allerdings fallen gelassen werden, doch ist ein Tarif mit wesentlichen Aufbesserungen zustande gekommen. Durch den Schaden, der den Meistern durch die fünfwöchentliche Arbeitsverkürzung entstanden ist, werden diese wohl klug geworden sein und sich sagen, daß es nicht gut tut, zu langen wie der Obermeister heißt. Der hat jedes Entgegenkommen abgelehnt. Er konnte es ja auch. Waren doch bei ihm vier solche nützliche Elemente, „Arbeitswillige“ genannt, stehen geblieben. Außerdem ist er durch zehnteilige lange Tätigkeit seiner Arbeiter reich geworden und kann eine Weile auskosten. Was die Arbeiter über die vier Arbeitswilligen denken, darüber braucht hier nicht ein Wort verloren zu werden, zumal da jeder Mann bekannt ist, daß diesen vier die Notwendigkeit der Organisation klar geworden ist, haben dieselben doch sogar an der Ausbeutung der Forderungen teilgenommen, und waren sie doch sogar früher organisiert und Leiter von Zahlstellen.

Für diejenigen, die im Kampfe treu ausgehalten haben, gilt es jetzt, das Ertrugene festzuhalten und tüchtig an der Ausbreitung der Organisation und der Schutzing der Mitglieder zu arbeiten, denn werden wir uns durch unsere Organisation auch weitere Verbesserungen erringen.

Reiße, 19. April. Ein Tarifkampf der Mauerer. Im vergangenen Herbst hatten die Mauerer an die Unternehmer Forderungen gestellt, unter anderem 10 stündige Arbeitszeit, und 35 Pfennig Stundenlohn; Bewilligt wurde 32 Pfennig Stundenlohn, die 10 stündige Arbeitszeit aber abgelehnt. Die Mauerer sollen aber einen Wasserreimer und Werkzeug mitbringen, für die: Anschaffung würden die 2 Pfennige gerade ausgehen. Diese Zugeständnisse sind als wahrer Lohn zu betrachten, sie wurden als unannehmbar zurückgewiesen und um mündliche Verhandlung ersucht. Das Schreiben wurde nicht beantwortet, aber die 32 Pfennige, die vom 1. April 1906 versprochen wurden, ebenfalls nicht bezahlt, die Mauerer werden ihre Organisation noch besser ausbauen müssen, um gegebenenfalls ihrer Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen. Es ist auch ihre Pflicht, mehr für die Bekämpfung zu agitieren, das einzige Organ, welches sie im Kampfe mit den Unternehmern unterstützen wird.

Von den „unleidenden“ Landwirten. Der Bauerntumbehalter und bisherige Gemeindevorsteher Alois Hoffmann aus Höpferndorf handwärtig betrug vor her die Pfennig Strafkammer. Hoffmann, welcher vorher von zirka 100 Morgen besessen ist und sich frei ist, hatte in den Jahren von 1901 bis 1906 die Befugnis für Getreide, die ihm auf hiesigen Getreideboden bei Lieferungen für die große Mühle in Otmachow, von den abnehmenden Arbeitern ausgesetzt wurde, gefällig, indem er aus der zwei — zwölf, aus drei — dreizehn machte. 23 Hölle konnten ihm nachgewiesen werden, wodurch die Firma um 2000 Mark geschädigt wurde. Der Staatsanwalt beantragte 2 Jahre Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe, der Gerichtshof erkannte auf 9 Monate Gefängnis und 1500 Mark Geldstrafe.

Der Angeklagte hatte vor zwei Jahren auf der Jagd einen 10 jährigen Knaben erschossen und vor diesseits bereits mit 1 Monat Gefängnis, der im Gnadenwege zu einem Monat Gefängnis umgewandelt wurde, verurteilt.

Kattowitz, 19. April. Eine öffentliche Kranzversammlung wurde am Sonntag, den 22. April, Nachmittags, im Gewerkschaftshaus stattfinden. Genosse Julius Brand wird über die Tätigkeit der Frau im proletarischen Befreiungskampfe berichten. Alle Arbeiterfrauen aus Kattowitz und Umgegend sind dringend eingeladen, zu erscheinen.

Posen, 19. April. Die ausgesperrten Mauerer stellen am Dienstag Mittag eine Versammlung ab, in welcher der Vertrauensmann Genosse Schütz eine Ueberblick über die derzeitigen Stand der Aussperrung gab. Danach steht die Lage noch auf demselben Punkte wie in der vorigen Woche. Die Aussperrten seien sich in ihrem Vorgehen durchaus nicht so einig, als sie sich den Anschein geben. Eine große Zahl derselben sei für Beendigung der Aussperrung. In der letzten Versammlung der Arbeitgeber habe man einen diesbezüglichen Beschluß gefaßt, deshalb habe man entbunden, daß dieser nicht ordnungsgemäß einkerben sei, um auf diese Weise die Angelegenheit noch um acht Tage zu verschleppen. Auch habe sich neuerdings wiederum das Gewerbegericht unter Vorbehalt des Obbürgermeisters bemüht, einen Schiedsspruch zu fällen, dem die beide Parteien unterwerfen könnten; die Mehrzahl der Arbeitgeber sei auch hierzu bereit. Sollte wider Erwarten eine Einigung nicht erzielt werden, so seien die betroffenen Verbände zu erwägen, eine verstärkte Tatigkeit einzuschlagen, indem sie gegenwärtig noch arbeitenden Leuten ebenfalls absichteten, um an ihrer Stelle den Verbeiraten Arbeit zu verschaffen. Meiner teilte noch mit, daß die hiesigen Unternehmer in auswärtigen Zeitungen Arbeitsstellen suchten; in den Annoncen würden 100 Mauerer zum Schloßbau verlangt unter Verschönerung der Aussperrung. Er erwähnte schließlich die Kollegen, welche Streikposten zu versehen hätten, ihre Tätigkeit mit Eifer zu belegen, ohne sich jedoch Verleumdungen oder Verläumdungen des Publikums zu schaden kommen zu lassen. Angelegt der Tatsache, daß schon sehr viele Streikposten von der Polizei notiert seien, forderte Redner, daß in jedem Falle gefordert werde, daß jene Personen als Spione mitnotiert werden müßten. Die sich etwa beklagt hätten, in den Osterferien habe die Lohnkommission der Arbeiter einen Flugblatt zur Verbreitung gelangen lassen, in welchem die Einwohnerschaft über die Aussperrung und die wahren Ursachen derselben aufklärt wird.

Posen, 20. April. Der Kampf beginnt! Der Arbeitgeberverband für das Maurer- und Zimmerergewerbe beschloß in seiner Generalversammlung, an den alten Verhandlungen Verhandlung des alten Tarifs auf weitere zwei Jahre ohne Lohnerhöhung, festzuhalten. Durch Veranziehung auswärtiger, namentlich italienischer Maurer, sollen die durch die Aussperrung freigewordenen Arbeitsstellen besetzt werden. Dieser Beschluß bedeutet die Proklamation eines in seinen Folgen noch nicht abzusehenden Kampfes; derselbe wird nunmehr mit aller Erbitterung und Schärfe einsehen und kann von einer wochenlang monatlangen Dauer sein. Die Folgen davon fallen allein den praktischunartigen Bauwerken auf Haupt. Der Kampf beginnt!

Breslau, 19. April. Pro 100 Kilogramm auf niedr. mittlere geringere Sort.

	niedr.	mittlere	geringere	Sort.
Weizen, weißer	17.60	16.80	16.60	16.20
Weizen, gelber	17.50	16.70	16.50	16.10
Roagen	15.60	15.70	14.90	14.70
Braugerste	16.00	15.50	15.50	15.00
Gerste	14.50	14.10	14.00	13.60
Hafer	15.90	15.40	15.30	14.90
Viktoria-Erbsen	19.50	19.50	17.50	18.50
Erbsen	18.00	17.50	16.90	14.50

Gen pro 50 Kilogramm 2.10—2.40 Mk. Stroh, pro Schock 24.00—26.00 Mk.

Breslauer Weizenmarkt. Weiz fest, per 100 Kilogr. inkl. Sachkonto, Weizen mch 00 feil, 24.00—24.50 Mk. Roggen mch 00 feil, 23.00—23.50 Mk. Roggen-Hausbader feil, 22.50—23.00 Mk. Roggen-Kulturmehl feil, 10.75 bis 11.00 Mk. Weizenmehl ruhig, 10.50—10.75 Mk.

Meteorologische Beobachtungen der Königlich Preussischen Sternwarte.

19. und 20. April

	Radm. 9 Uhr	Abends 9 Uhr	Morg. 7 Uhr
Luftwärme (C.)	+ 22.4	+ 14.2	+ 10.0
Luftdruck bei 0° (mm)	734.2	735.1	739.2
Dunstdruck (mm)	3.9	8.0	7.8
Dunstförmigkeit (pCt.)	19	66	86
Wind (0—12)	S 4	SO 4	SW 4
Wetter	bedekt.	bedekt.	bedekt.

Die reglementarischen Turnstunden finden statt: 1. Abteilung (Männer): Jeden Dienstag und Freitag, Abends von 8—10 Uhr; — 2. Abteilung (Jugendturner): Jeden Montag u. Mittwoch, Abends von 8—10 Uhr; — 3. Abteilung (Frauen): Jeden Donnerstag Abends 8—10 Uhr, in der städtischen Schulschule, Waterloostraße.

Gewerkschaftshaus.

Freitag, den 20. April: Köpfer, Nachmittags 4 Uhr: Versammlung, in welcher Genoss Albert ein Referat über die Maifeier halten wird. Sonnabend, den 21. April: Arbeiter-Krankenkasse (Hamburg). Aufnahme-Abend (part. Nacht).

Zimmerer. Jeden Sonnabend Zahltag. Sonntag, den 22. April: Verband der Steinarbeiter. Vormittags von 10^{1/2} bis 12 Uhr: Kaffeetag.

Solgarbeiter. Donnerstag, den 26. April: Quartalsversammlung im großen Saale.

Witteilungen der Bezirks- und Kreisführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Bezirk 2 und 4. Freitag, den 20. April, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im bekannten Lokal.

Bezirk 12 und 15. Unsere Zusammenkunft findet nicht wie sonst Dienstag nach dem 15., sondern Donnerstag den 24. April statt.

Bezirk 8 (Oberort). Bezirk 10 (unfassend Wehlstraße, Schützengasse und Vincenzstraße 1—7). Sonnabend, den 21. April, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im bekannten Lokal.

Bezirk 15 a. 19. (Innere Stadt, Ost- und Westkreis.) Sonnabend, den 21. April, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder. Das Erscheinen ist dringend notwendig.

Ohlau. Bezirks- und Ortsarbeiter. Sonntag, den 22. April, Nachmittags 3 Uhr: Generalversammlung. Tagesordnung: Rechenschaftsbericht des 1. Quartals 1906. Wahl eines Kassierers, eines zweiten Schriftführers, Diskussion und Beschlüsse.